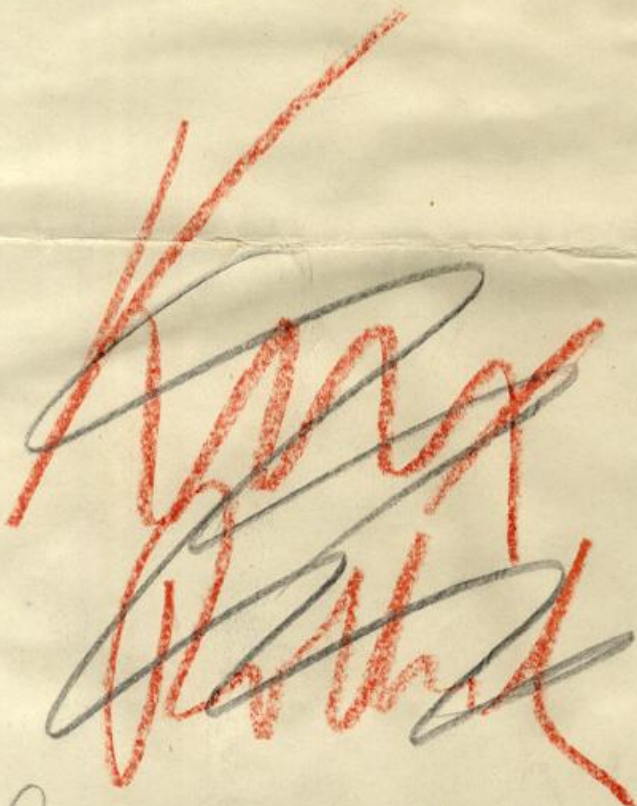


Nr.:

TAG:

Rechnung 2

Umtz : 17 Lute 38 //


Lorenz Heubner

43 Kresser Brief Markblatt von Herzog ~~und~~
in Bonn

21. 7. 14.

2-31 unter

47 Markblatt a. Priggen

22. 7. 14

Erneute Letzt Markblatt vom 14. 7. 14. Markblatt
sich verändert unter Markblatt

21. 7. Markblatt Markblatt

57. S. 3 Er anerkennen Markblatt

61. S. 3 die mit Markblatt Markblatt

65 Markblatt f. Markblatt Markblatt

an Markblatt

67 ~ 13. 7

Nr.:

TAG:

- 428 ^{Walt} ^{Haben erbet} unter ^{organise}
Mit ^{gegen} ^{Leben}
auf ^{für} ^{selbst} ^{Mit} ^{der}
Verständnis, falls ^{Hal.} ^{mit} ^{alt}
429 ^{anhand} ^{can} ^{finden}
432 ^{mit} ^{Worte} ^{an} ^{sein} ^{Druck}
^{gegen}
Schein: ^{gegen} ^{für} ^{beurteilen}
433. ^{der} ^{Recht} ^{macht}
Tutius, ^{mit} ^{an} ^{beurteilen}
^{an} ^{Erörterung}

88 - 89 Depeche wird
F.D.I. Wilhelms

93. Letter auf in der Tatte
vorhyden, der Kysell

101 dly. Molling

120 Brief (eigentlich) demselben für Pohl

Nr.:

TAG:

M. Femel

3. Nicht fern lassen webe

12. getrennte Systeme Ueberst.

W. Adams

14. Luxury of the State

15 a English

25 Jasper's boat

26 Entstellung auf ein Mal

any person within
Ht 1

28 Columbian Station N.Y. 1878

37 Bentley's Eng^l D

3 p. 24. Infinitesimals (Hodgkin & 1808)

2508 (Schwartz)

40 Kurse First Kapitul der
Benzins

Benzene

The worst fourth Interest

A b s c h r i f t

Nr. eines Vertrages des ung. Ministerpräsidenten Grafen Tisza vom 1. Juli 1914.

Allergnädigster Herr !

So sehr ich es vermeiden möchte, Euer Majestät in diesen Tagen zu belästigen, so ist es doch meine Pflicht, Vorstehendes mit möglichster Kürze alleruntertänigst vorzutragen.

Ich hatte erst nach meiner Audienz Gelegenheit, Grafen Berchtold zu sprechen und von seiner Absicht, die Greuelthat in Sarajevo zum Anlasse der Abrechnung mit Serbien zu machen, Kenntnis erhalten.

Ich habe Grafen Berchtold gegenüber kein Hehl daraus gemacht, dass ich dies für einen verhängnisvollen Fehler halten und die Verantwortung keineswegs teilen würde. Erstens haben wir bisher keine genügenden Anhaltspunkte um Serbien verantwortlich machen zu können und trotz etwaiger befriedigender Erklärungen der serbischen Regierung einen Krieg mit diesem Staate zu provozieren. Wir würden den denkbarst schlechtesten Locus standi haben, würden vor der ganzen Welt als die Friedensstörer dastehen und einen grossen Krieg unter den ungünstigsten Umständen anfachen.

Zweitens halte ich diesen Zeitpunkt, wo wir Rumänien so gut wie verloren haben, ohne einen Ersatz dafür bekommen zu haben und der einzige Staat, auf den wir rechnen können, Bulgarien, erschöpft ist, (?), überhaupt für einen recht ungünstigen.

Bei der jetzigen Balkanlage wäre es mein geringster Kummer, einen passenden Casus belli zu finden. Ist einmal der Zeitpunkt zum Losschlagen gekommen, so kann man aus den verschiedenen Fragen einen Kriegsfall aufrollen. Vorerst muss jedoch eine diplomatische Constellation geschaffen werden, welche das Kräfteverhältnis weniger ungünstig für uns gestaltet.

Der definitive Anschluss Bulgariens in einer Weise, welche

keine Spitze gegen Rumänien hat und die Tür zu einer Verständigung sowohl mit diesem Staate, wie mit Griechenland offen hält, wird von Tag zu Tag dringender; es müsste demnach ein letzter Versuch mit Deutschland gemacht werden, um den offenen Anschluss Rumäniens an den Dreibund durchzuführen. Will oder kann Deutschland diese Mission nicht erfüllen, so muss es hinnehmen, dass wir wenigstens Bulgarien dem Dreibund sichern.

Versäumen wir dies Rumänien zu liebe noch länger, so werden nur wir die Schuld tragen, wenn Bulgarien - von uns verlassen - eines schönen Tages sich dem gegen uns gebildeten Bündnisse anschliesst und uns auszuplündern hilft, um ein Stück mazedonisches Land zu erhalten. Schliesslich, was Rumänien betrifft, so glaube ich, dass unser Bündnis mit Bulgarien die einzige Möglichkeit bietet, Rumänien zurückzubekommen. Bei allem Grössenwahn der Rumänen ist nämlich die entscheidende Triebkraft in der Psyche des Volkes die Angst vor Bulgarien. Werden sie sehen, dass sie uns von einem Bündnis mit Bulgarien nicht zurückhalten konnten, so werden sie vielleicht suchen in den Bund aufgenommen zu werden, um in dieser Weise vor bulgarischer Aggression geschützt zu werden.

Das sind die Hauptgesichtspunkte, welche eine energische Aktion meines Erachtens zu einer dringenden Notwendigkeit machen, und da der bevorstehende Besuch des Kaiser Wilhelm möglicherweise Gelegenheit hierzu bieten werden, so hielt ich mich verpflichtet, mit der alleruntertänigsten Bitte an Euer Majestät heranzutreten, die Anwesenheit Kaiser Wilhelm in Wien Allergrnädigst benützen zu wollen, um die Eingegenommenheit dieses hohen Herrn für Serbien an der Hand der letzten empörenden Ereignisse zu bekämpfen und ~~ihn~~ ihn zur tatkräftigen Unterstützung unserer Balkanpolitik zu bewegen.

Budapest, am 1. Juli 1914.

Stephan Graf T i s z a

A b s c h r i f t

eines Vertrages des ung. Ministerpräsidenten Grafen Tisza vom 1. Juli 1914.

TAG:

Allergnädigster Herr !

So sehr ich es vermeiden möchte, Euer Majestät in diesen Tagen zu belästigen, so ist es doch meine Pflicht, Vorstehendes mit möglichster Kürze alleruntertänigst vorzutragen.

Ich hatte erst nach meiner Audienz Gelegenheit, Grafen Berchtold zu sprechen und von seiner Absicht, die Greuelthat in Sarajevo zum Anlasse der Abrechnung mit Serbien zu machen, Kenntnis erhalten.

Ich habe Grafen Berchtold gegenüber kein Hehl daraus gemacht, dass ich dies für einen verhängnisvollen Fehler halten und die Verantwortung keineswegs teilen würde. Erstens haben wir bisher keine genügenden Anhaltspunkte um Serbien verantwortlich machen zu können und trotz etwaiger befriedigender Erklärungen der serbischen Regierung einen Krieg mit diesem Staate zu provozieren. Wir würden den denkbarst schlechtesten Locus standi haben, wurden vor der ganzen Welt als die Friedensstörer dastehen und einen grossen Krieg unter den ungünstigsten Umständen anfachen.

Zweitens halte ich diesen Zeitpunkt, wo wir Rumänien so gut wie verloren haben, ohne einen Ersatz dafür bekommen zu haben und der einzige Staat, auf den wir rechnen können, Bulgarien, erschöpft ist, (?), überhaupt für einen recht ungünstigen.

Bei der jetzigen Balkanlage wäre es mein geringster Kummer, einen passenden Casus belli zu finden. Ist einmal der Zeitpunkt zum Losschlagen gekommen, so kann man aus den verschiedenen Fragen einen Kriegsfall aufrollen. Vorerst muss jedoch eine diplomatische Constellation geschaffen werden, welche das Kräfteverhältnis weniger ungünstig für uns gestaltet.

Der definitive Anschluss Bulgariens in einer Weise, welche

keine Spitze gegen Rumänien hat und die Tür zu einer Verständigung sowohl mit diesem Staate, wie mit Griechenland offen hält, wird von Tag zu Tag dringender; es müsste demnach ein letzter Versuch mit Deutschland gemacht werden, um den offenen Anschluss Rumäniens an den Dreibund durchzuführen. Will oder kann Deutschland diese Mission nicht erfüllen, so muss es hinnehmen, dass wir wenigstens Bulgarien dem Dreibund sichern.

Versäumen wir dies Rumänien zu liebe noch länger, so werden nur wir die Schuld tragen, wenn Bulgarien - von uns verlassen - eines schönen Tages sich dem gegen uns gebildeten Bündnisse anschliesst und uns auszuplündern hilft, um ein Stück mazedonisches Land zu erhalten. Schliesslich, was Rumänien betrifft, so glaube ich, dass unser Bündnis mit Bulgarien die einzige Möglichkeit bietet, Rumänien zurückzubekommen. Bei allem Grössenwahn der Rumänen ist nämlich die entscheidende Triebkraft in der Psyche des Volkes die Angst vor Bulgarien. Werden sie sehen, dass sie uns von einem Bündnis mit Bulgarien nicht zurückhalten konnten, so werden sie vielleicht suchen in den Bund aufgenommen zu werden, um in dieser Weise vor bulgarischer Aggression geschützt zu werden.

Das sind die Hauptgesichtspunkte, welche eine energische Aktion meines Erachtens zu einer dringenden Notwendigkeit machen, und da der bevorstehende Besuch des Kaiser Wilhelm möglicherweise Gelegenheit hierzu bieten werden, so hielt ich mich verpflichtet, mit der alleruntertänigsten Bitte an Euer Majestät heranzutreten, die Anwesenheit Kaiser Wilhelm in Wien Allergnädigst benützen zu wollen, um die Eingegenommenheit dieses hohen Herrn für Serbien an der Hand der letzten empörenden Ereignisse zu bekämpfen und ~~um~~ ihn zur tatkräftigen Unterstützung unserer Balkanpolitik zu bewegen.

Budapest , am 1. Juli 1914.

Stephan Graf T i s z a

Das Staatsamt des Aessern hat selbstverständlich Vorsorge getroffen, um alle auf die Entstehung des Krieges bezüglichen Akten sofort sicher zu stellen. Es sind auch mit Ausnahme kleiner Lücken alle Akten noch vorhanden und bereits durchgeprüft worden. Die vollständige Zusammenstellung des auf die Zeit vom 28. Juni 1914 bis 27. August 1914 bezughabenden Aktenmaterials ist bereits erfolgt und umfasst vierhundertzweiunddreissig Nummern. Es stellte sich dabei heraus, dass in den österreichisch-ungarischen Rotbüchern nur eine sehr unvollständige Auslese der Akten vorgenommen wurde.

Die deutsch-österreichische Republik hat keinerlei Grund die Verantwortung in irgend einer Richtung für das zu übernehmen was die k.u.k. Regierung getan und sie wird die Interessen des deutsch-österreich. Staates um so besser wahren, je deutlicher sie jede Solitarität mit dem früheren Regime ablehnt. Die gegenwärtige Regierung kann daher keinerlei Grund haben, sich weiter an der Verheimlichung der Akten zu beteiligen und sie wird das Vertrauen in ihre Entschlossenheit, das alte System der Geheimdiplomatie zu durchbrechen am meisten fördern, wenn sie auch in der Frage, des Kriegsursprungs zur Feststellung des gerechten historischen Urteils ihren Beitrag gibt. ~~Das Staatsamt des Aessern~~ Das Staatsamt des Aessern wird daher die gesammeltengesammelten Akten, sobald dies technisch möglich ist, der Öffentlichkeit übergeben. ~~Es werden die Akten~~ ~~damit~~

Aus diesen bereits durchgeprüften Akten möglichst ein Bild zu gewinnen, das den Verlauf des Krieges am besten darstellt.

Die erste aktenmässige Festlegung des Gedankens eines Krieges gegen Serbien findet sich in dem Handschreiben, dass Kaiser Franz Josef I. an Kaiser Wilhelm am 2. Juli 1914 gerichtet hat und das durch den Grafen Hoyos am 4. Juli 1914 nach Berlin befördert wurde und dort am 5. Juli Kaiser Wilhelm übergeben wurde.

Am gleichen Tage hatte

Aurch den Grafen Szögyeny dem Kaiser Wilhelm übergeben wurde.

Am gleichen Tage hatte der österr. Botschafter Graf Szögyeny ~~in Begleitung~~
~~Unterrichtung~~ in Begleitung des Grafen Hoyos eine Unterredung mit
dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär.

Das Handschreiben des Kaiser Franz Josef vom 2. Juli 1914
schliesst folgendermassen:

" Die Auswärtige Politik meiner Regierung am Balkan muss in
Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet
sein. Die erste Etappe auf diesem Wege kann nur in einer Stärkung
der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung bestehen,
damit dieses Land, dessen reele Interessen mit den unserigen
übereinstimmen vor der Rückkehr zur Russophilie bewahrt bleibt.

Wenn man in Bukarest erkennt, dass der Dreibund entschlossen
ist, auf Bulgarien nicht zu verzichten, jedoch bereit wäre, Bulgarien
dazu zu veranlassen, sich mit Rumänien zu verbinden und dessen
territorische Integrität zu garantieren, so wird mandort vielleicht
von der gefährlichen Richtung zurückkommen, in welche man durch
die Freundschaft mit Serbien und die Annäherung an Russland ge-
trieben worden ist.

Wenn dies gelingt, so wird es vielleicht auch möglich sein,
Griechenland durch einen billigen Gebietsaustausch mit Bulgarien
und der Türkei zu versöhnen, es würde sich dann unter der Patronanz
des Dreibundes ein neuer Balkanbund bilden, dessen Ziel darin be-
stehen würde, dem Vordringen der panslavistischen Hochflut ein
Ziel zu setzen und unseren Ländern den Frieden zu sichern.

Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches
gegenwärtig den Angelpunkt der panslavistischen Politik bildet,
als politischen Machtfaktor am Balkan nicht mehr gerechnet wird.

Du wirst nach dem jüngsten furchtbaren Geschehnisse in Bos-
nien die Ueberzeugung haben, dass eine Versöhnung des Gegensatzes
welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist und dass
die erhaltene Friedenspolitik aller europäischen Monarchen be-
droht sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer Agitation
in Belgrad ungestraft fortlebt. "

Dieses Handschreiben des Kaiser Franz Josef I. stützt
sich wesentlich auf eine Denkschrift über die europäi sche Lage,
die der österr. Minister des Aessern noch vor dem Attentat in Sara-
jevo verfasst hat und die als Begründung für die Notwendigkeit
als Beilage
kriegerischen Eingreifens am Balkan mit dem Handschreiben an
Kaiser Wilhelm übersendet wurde. Diese vor dem Attanat verfasste
Denkwchrift kommt zu dem Schluss: "

" ~~Das~~ ~~es~~ ein gemeinsames Interesse der Monarchie wie nicht min-
der Deutschlands ist, im jetzigen Stadium der Balkankrise recht-
zeitig und energisch einer von Russland ~~planmässig~~ angestrebten
und geförderten Entwicklung entgegenzutreten, die später vielleicht
nicht mehr rückgängig zu machen wäre. "

Der vor dem Attentat fertiggestellten Denkschrift sind dann noch folgende Zeilen angefügt worden:

" Die vorliegende Denkschrift war eben fertiggestellt, als die furchtbaren Ereignisse von Sarajevo eintraten.

Die ganze Tragweite der ruchlosen Mordtat lässt sich heute kaum überblicken-Jedenfalls ist aber, wenn es dessen noch bedurft hat, hiedurch der unzweifelhafte Beweis für die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen der Monarchie und Serbien sowie für die Gefährlichkeit und Intensität ~~mmh~~ der vor nichts zurückschreckenden grosserbsischen Bestrebungen erbracht worden.

Oesterreich-Ungarn hat es an gutem Willen und Entgegenkommen nicht fehlen lassen, um ein erträgliches Verhältniss zu Serbien herbeizuführen. Es hat sich aber neuerlich gezeigt, dass diese Bemühungen ganz vergeblich waren und dass die Monarchie auch in Zukunft mit der hartnäckigen, unversöhnlichen und aggressiven Feindschaft Serbiens zu rechnen haben wird.

Umso gebieterischer tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupt verdichten wollen. "

Graf Szögyény hatte vom Minister des Aessern Grafen Berchtold den Auftrag: " Herrn von Bethmann Hollweg eventuell am Lande zu besuchen, wenn er nicht in Berlin ist, da ich es für ausserordentlich wichtig halte, dass der Reichskanzler noch vor der Abreise Kaiser Wilhelms den Inhalt dieser Piesen mit E.E. und dann mit dem Kaiser besprechen könne. "

Ueber das Ergebnis seiner Unterredungen in Berlin berichtete Graf Szögyény an Graf Berchtold in zwei Chiffretelegrammen Nr. 237 u. 239 am 5. Juli 1914. In dem ersten heisst es:

" Nachdem ich Kaiser Wilhelm zur Kenntnis gebracht habe, dass ich ein Allerhöchstes Handschreiben seiner k.u.k. apostolischen Majestät, welches mir Graf Hoyos heute überbrachte, ihm zu überreichen habe, erhielt ich eine Einladung der deutschen Majestäten zu einem Dejeuner ins neue Palais für heute mittags.

Das Allerhöchste Handschreiben und das beige-schlossene Memorandum habe ich seiner Majestät überreicht. In meiner Gegenwart las Kaiser mit grösster Aufmerksamkeit beide Schriftstücke.

Zuerst versicherte mir Höchstderselbe, dass er eine ernste Aktion unsererseits gegenüber Serbien erwartet habe, doch müsse er gestehen, dass er infolge der Auseinandersetzungen unseres Allergnädigsten Herrn eine ernste europäische Komplikation im Auge behalten müsse und daher vor einer Beratung mit Reichskanzler keine definitive Antwort erteilen wolle.

Nach dem Dejeuner, als ich nochmals Ernst der Situation mit grossem Nachdruck betonte, ermächtigte mich seine Majestät, unserem Allergnädigsten Herrn zu melden, dass wir auch in diesem Falle auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können. Wie gesagt, müsse er vorerst Meinung des Reichskanzlers einholen, doch zweifle er nicht im Geringsten daran, dass Herrn von Bethmann-Hollweg vollkommen seiner Meinung zustimmen werde. Insbesondere gelte dies betreffend eine Aktion unsererseits gegenüber Serbien

Nach seiner (Kaiser Wilhelms) Meinung muss aber mit dieser Aktion nicht zugeharrt werden. Russlands Haltung werden ebenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet und sollte es sogar zu einem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, dass Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde. Russland sei übrigens, wie die Dinge heute stünden, auch keineswegs kriegsbereit und werde es sich gewiss noch sehr überlegen, an die Waffen zu appellieren. Doch werde es bei den anderen Mächten der Tripleentente gegen uns hetzen und am Balkan das Feuer schüren.

Er begreife sehr gut, dass es Seiner k.u.k. Apostolischen Majestät bei seiner bekannten Friedensliebe schwer fallen würde in Serbien einzumarschieren; Wenn wir aber wirklich die Notwendigkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien erkannt hätten, so würde er (Kaiser Wilhelm) es bedauern, wenn wir den jetzigen, für uns so günstigen Moment unbenutzt liessen.

Was Rumänien betreffe, so werde er dafür sorgen, dass König Carol und seine Ratgeber sich korrekt verhalten werden. Das Eingehen in ein Vertragsverhältnis mit Bulgarien sei ihm keineswegs sympatisch; nach wie vor habe er nicht das geringste Vertrauen zu König Ferdinand noch zu seinem früheren und jetzigen Ratgebern. Trotzdem wolle er nicht die geringste Einwendung gegen die Eingehung eines vertragsmässigen Anschlusses der Monarchie an Bulgarien erheben, doch müsse dafür Vorsorge getroffen werden, dass der Vertrag keine Spitze gegen Rumänien enthalte und wie dies auch im Memorandum hervorgehoben werde Rumänien zur Kenntnis gebracht werde.

Kaiser Wilhelm beabsichtigt, sich morgen früh nach Kiel und von dort auf seine Nordlandsfahrt zu begeben; früher wird aber Seine Majestät mit Reichskanzler in der in Rede stehenden Angelegenheit noch Rücksprache pflegen und hatber ihn zu diesem Zwecke von Hohenfinow für heute abends in das Neue Palais bestellt.

Jedenfalls werde ich Gelegenheit finden, im Laufe des morgigen Tages mich mit dem Reichskanzler zu besprechen. "

In dem zweiten Chiffretelegramm an Graf Berchtold sagt Graf Szögyény:

" Zu meinem Telegramm Nr. 237 von gestern.

Hatte soeben in Begleitung des Grafen Hoyos mit Reichskanzler und Unterstaatssekretär eine lange Unterredung, die Herrn von Bethmann Hollweg mit den Worten einleitete, Kaiser Wilhelm habe ihn beauftragt, vorerst mündlich seinen Höchsten Dank für Allerhöchstes Handschreiben auszusprechen und werde letzteres in einigen Tagen persönlich beantworten.

Auch sei er (Reichskanzler) von seinem kaiserlichen Herrn ermächtigt worden, mir Stellungnahme deutscher Regierung zu dem Handschreiben und der Denkschrift wie folgt zu präzisieren.

.....
Unser Verhältnis zu Serbien betreffend stehe deutsche Regierung auf dem Standpunkt, dass wir beurteilen müssten, was zu geschehen hätte, um dieses Verhältnis zu klären; wir konnten hierbei wie auch immer unsere Entscheidung ausfallen möge - mit Sicherheit darauf rechnen, dass Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe.

Im weiteren Verlaufe der Konversation habe ich festgestellt, dass sich Reichskanzler, ebenso wie sein kaiserlicher Herr ein sofortige Einschreiten unsererseits gegen Serbien als radikalste und beste

Nr.:

TAG:

- 5 -

Lösung unserer Schwierigkeiten am Balkan ansieht. Vom internationalen Standpunkt hält er den jetzigen Augenblick für günstiger, als einen späteren; er ist ganz damit einverstanden, dass wir weder Italien noch Rumänien vorher von einer eventuellen Aktion gegen Serbien verständigen. Dagegen soll Italien durch die deutsche und durch unsere Regierung schon jetzt von der Ansicht in Kenntnis gesetzt werden, den Anschluss Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen. "

Nachdem in Berlin die Vorbereitungen getroffen waren, trat am 7. Juli 1914 in Wien der Ministerrat zur gemeinsamen Angelegenheiten zusammen. An demselben nahmen unter dem Vorsitz des Grafen Berchtold teil, der k.k. Ministerpräsident Graf Stürkh, der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Tisza, der gemeinsame Finanzminister Bilinski, der Kriegsminister Krobratin, der Chef des Generalstabs Conrad, der Vertreter des Marinekommandanten Kontreadmiral v. Kaller. Das Protokoll führte Legationsrat Graf Hoyos.

Abschrift eines Immediatvortrags.

N. : TAG:

Wien, am 7. Juli 1914.

In der heutigen gemein. Ministerkonferenz wurde die Frage einer event. kriegerischen Aktion gegen Serbien eingehend erörtert.

Es wurde hiebei festgestellt, dass eine vollständige Identität der Anschauung nicht erzielt werden könnte.

Graf Tisza vertrat den Standpunkt, dass eine krieg. Aktion gegen Serbien nur dann Platz zu greifen hätte, wenn es nicht vorher gelinge Serbien auf diplomatischen Wege zu demütigen. Graf Tisza befürchtet, dass wir gegenwärtig in einem Kriegsfall auch mit den Freunden und Verbündeten Serbiens am Balkan zu tun hätten, wogegen Bulgaren jetzt noch zu schwach sei, um uns wirksam unterstützen zu können.

Wenn der Anschluss Bulgariens an den Dreibund, welchem die deutsche Regierung nunmehr zugestimmt habe, einmal vollzogen sei, werden wir eine weit bessere Stellung haben.

Demgegenüber teilten alle übrigen Teilnehmer an der Konferenz die von mir vertretene Ansicht, dass die jetzige Gelegenheit zu einer kriegerischen Aktion gegen Serbien verwendet werden sollte, weil sich unsere Situation durch längeres Zuwarten nur verschlechtern und die noch nicht in die Wege geleitete bulg. Orientierung, selbst wenn dieselbe gelingen sollte, keinen vollständigen Ersatz für die mit Bestimmtheit vorauszusehende weitere Deteriorierung unseres Verhältnisses gegenüber Serbiens und Rumäniens, wie auch unsere damit in Konnex stehenden ~~inneren~~ inneren pol. Verhältnisse, zu bieten im Stande wäre.

Ich werde mir die ehrerbietige Freiheit nehmen, Euer Majestät am Donnerstag vormittag pünktlich Vortrag zu erstatten und habe meine Reise nach Tschl aufschieben müssen, weil, Graf Tisza mich ersucht

- 2 -

hat, Euer Majestät eine längere Denkschrift über seine Auffassung
zu unterbreiten, welche erst morgen abends fertiggestellt sein kann.

In tiefster Ehrfurcht.

Nr. Abschrift eines Immediatvortrags.

Wien, am 7. Juli 1914.

In der heutigen gemein. Ministerkonferenz wurde die Frage einer event. kriegerischen Aktion gegen Serbien eingehend erörtert.

Es wurde hiebei festgestellt, dass eine vollständige Identität der Anschauung nicht erzielt werden könnte.

Graf Tisza vertrat den Standpunkt, dass eine krieg. Aktion gegen Serbien nur dann Platz zu greifen hätte, wenn es nicht vorher gelinge Serbien auf diplomatischen Wege zu demütigen. Graf Tisza befürchtet, dass wir gegenwärtig in einem Kriegsfall auch mit den Freunden und Verbündeten Serbiens am Balkan zu tun hätten, wogegen Bulgaren jetzt noch zu schwach sei, um uns wirksam unterstützen zu können.

Wenn der Anschluss Bulgariens an den Dreibund, welchem die deutsche Regierung nunmehr zugestimmt habe, einmal vollzogen sei, werden wir eine weit bessere Stellung haben.

Demgegenüber teilten alle übrigen Teilnehmer an der Konferenz die von mir vertretene Ansicht, dass die jetzige Gelegenheit zu einer kriegerischen Aktion gegen Serbien verwendet werden sollte, weil sich unsere Situation durch längeres Zuwarten nur verschlechtern und die noch nicht in die Wege geleitete bulg. Orientierung, selbst wenn dieselbe gelingen sollte, keinen vollständigen Ersatz für die mit Bestimmtheit vorauszusehende weitere Deteriorierung unseres Verhältnisses gegenüber Serbiens und Rumäniens, wie auch unsere damit in Konnex stehenden ~~inneren~~ inneren pol. Verhältnisse, zu bieten im Stande wäre.

Ich werde mir die ehrerbietige Freiheit nehmen, Euer Majestät am Donnerstag vormittag pünktlich Vortrag zu erstatten und habe meine Reise nach Teschl aufschieben müssen, weil, Graf Tisza mich ersucht

- 2 -

hat, Euer Majestät eine längere Denkschrift über seine Auffassung
zu unterbreiten, welche erst morgen abends fertiggestellt sein kann.

In tiefster Ehrfurcht.

Hausabschrift eines Briefes des Grafen Berchtold an den Grafen
Tisza, ddo. Wien, den 8. Juli 1914.

TAG:

Soeben verlässt mich Tschirschky, der mir mitteilte, ein Telegramm aus Berlin erhalten zu haben, wonach sein kaiserlicher Herr ihn beauftragt, hier mit allem Nachdruck zu erklären, dass man in Berlin eine Aktion der Monarchie gegen Serbien erwarte und dass es in Deutschland nicht verstanden würde, wenn wir die gegebene Gelegenheit vorübergehen liessen, ohne einen Schlag zu führen.

Auf meine Bemerkung, dass es uns bei Fassung endgiltiger Entschlüsse natürlich von grosser Wichtigkeit wäre, zu wissen, inwieweit wir auf die Einwirkung Deutschlands in Bukarest rechnen könnten und was von derselben zu erhoffen wäre, bemerkte der Botschafter, man halte es in Berlin für ausgeschlossen, dass Rumänien in diesem Falle gegen die Monarchie Stellung nehmen könnte. Uebrigens habe sich Kaiser Wilhelm auch brieflich an König Carol gewendet und könne man sich denken, dass dieser Brief an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen habe!

Aus den weiteren Aeusserungen des Botschafters konnte ich ersehen, dass man in Deutschland ein Transigieren unsererseits mit Serbien als Schwähebekenntnis auslegen würde, was nicht ohne Rückwirkung auf unsere Stellung im Dreibund und die künftige Politik Deutschlands bleiben könnte.

Vorstehende Ausführungen Tschirschkys scheinen mir von solcher Tragweite, dass sie eventuell auch von Einfluss auf Deine Schlussfassungen sein könnten, daher ich Dir ungesäumt davon Mitteilung machen wollte und Dich bitten möchte, mir, wenn Du es für gut findest, diesbezüglich nach Bad Ischl zu telegraphieren (chiffriert) wo ich den morgigen Tag zu bringe und mich zum Interpreten Deiner Auffassung bei Seiner Majestät machen könnte.

Hausabschrift eines Briefes des Grafen Berchtold an den Grafen
Tisza, ddo. Wien, den 8. Juli 1914.

Nr.

Sosben verlässt mich Tschirschky, der mir mitteilte, ein Telegramm aus Berlin erhalten zu haben, wonach sein kaiserlicher Herr ihn beauftragt, hier mit allem Nachdruck zu erklären, dass man in Berlin eine Aktion der Monarchie gegen Serbien erwarte und dass es in Deutschland nicht verstanden würde, wenn wir die gegebene Gelegenheit vorübergehen liessen, ohne einen Schlag zu führen.

Auf meine Bemerkung, dass es uns bei Fassung endgiltiger Entschlüsse natürlich von grosser Wichtigkeit wäre, zu wissen, inwieweit wir auf die Einwirkung Deutschlands in Bukarest rechnen könnten und was von derselben zu erhoffen wäre, bemerkte der Botschafter, man halte es in Berlin für ausgeschlossen, dass Rumänien in diesem Falle gegen die Monarchie Stellung nehmen könnte. Uebrigens habe sich Kaiser Wilhelm auch brieflich an König Carol gewendet und könne man sich denken, dass dieser Brief an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen habe!

Aus den weiteren Aeusserungen des Botschafters konnte ich ersehen, dass man in Deutschland ein Transigieren unsererseits mit Serbien als Schwächebekenntnis auslegen würde, was nicht ohne Rückwirkung auf unsere Stellung im Dreibund und die künftige Politik Deutschlands bleiben könnte.

Vorstehende Ausführungen Tschirschkys scheinen mir von solcher Tragweite, dass sie eventuell auch von Einfluss auf Deine Schlussfassungen sein könnten, daher ich Dir ungesäumt davon Mitteilung machen wollte und Dich bitten möchte, mir, wenn Du es für gut findest, diesbezüglich nach Bad Ischl zu telegraphieren (chiffriert) wo ich den morgigen Tag zu bringe und mich zum Interpretieren Deiner Auffassung bei Seiner Majestät machen könnte.

k.u.k. Chef des General-
stabes Gattb. Nr. 2508 res.

(ohne Datum, beiläufig 10. Juli 1914)

Nr. TAG:

Euer Exzellenz !

Mit Bezug auf meine Darlegungen gelegentlich der jüngst unter Vorsitz Euer Exzellenz stattgehabten Besprechungen erlaube ich mir das Nachfolgende auch noch schriftlich niederzulegen.

Für mich, in meiner Eigenschaft als Chef des Generalstabes, kommt nur die präzise Formulierung der Entscheidung in Betracht, ob auf den Ausbruch eines Krieges gegen Serbien direkte hingearbeitet oder ob nur mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet wird.

In welcher Weise das eine oder das andere diplomatisch behandelt wird, entzieht sich selbstverständlich meiner Ingerenz; nur muss ich, so wie ich dies ja auch in voller Uebereinstimmung mit Euer Exzellenz schon mündlich dargelegt habe, erneuert hervorheben, dass bei dem diplomatischen Wege Alles vermieden werden müsse, was durch Hinausziehen und etwa nur sukzessives Einsetzen der diplomatischen Aktion den Gegnern Zeit zu militärischen Massnahmen geben würde, so dass wir dadurch militärisch in die Nachhand kämen - was überhaupt vom Nachteil ist, es ganz besonders aber Serbien und Montenegro gegenüber wäre.

In diesem Sinne wäre auch Alles zu vermeiden, was die Gegner vorzeitig alarmieren und zu Gegenmassnahmen veranlassen könnte; - es müsste vielmehr in jeder Hinsicht ein durchaus friedliches Gepräge zur Schau getragen werden.

Steht aber der Entschluss zur Demarche fest, dann müsste dieselbe im Hinblick auf die militärischen Interessen in einem einzigen Akt mit kurzfristeten Ultimatum geschehen, welchem, wenn es abschlägig beschieden wird, sofort der Mobilisierungsbefehl zu folgen hätte.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Conrad, G.d.I.M.p.

ARBEITSTAG FÜR MIEN
D Chef des Generalstabes an Grafen Berchtold.

k.u.k. Chef des General-
stabes GStb.Nr. 2508 res.

(ohne Datum, beiläufig 10. Juli 1914)

Mr.:
TAG:

Euer Exzellenz !

Mit Bezug auf meine Darlegungen gelegentlich der jüngst unter Vorsitz Euer Exzellenz stattgehabten Besprechungen erlaube ich mir das Nachfolgende auch noch schriftlich niederzulegen.

Für mich, in meiner Eigenschaft als Chef des Generalstabes, kommt nur die präzise Formulierung der Entscheidung in Betracht, ob auf den Ausbruch eines Krieges gegen Serbien direkte hingearbeitet oder ob nur mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet wird.

In welcher Weise das eine oder das andere diplomatisch behandelt wird, entzieht sich selbstverständlich meiner Ingerenz; nur muss ich, so wie ich dies ja auch in voller Uebereinstimmung mit Euer Exzellenz schon mündlich dargelegt habe, erneuert hervorheben, dass bei dem diplomatischen Wege Alles vermieden werden müsse, was durch Hinausziehen und etwa nur sukzessives Einsetzen der diplomatischen Aktion den Gegnern Zeit zu militärischen Massnahmen geben würde, so dass wir dadurch militärisch in die Nachhand kämen - was überhaupt vom Nachteil ist, es ganz besonders aber Serbien und Montenegro gegenüber wäre.

In diesem Sinne wäre auch Alles zu vermeiden, was die Gegner vorzeitig alarmieren und zu Gegenmassnahmen veranlassen könnte; - es müsste vielmehr in jeder Hinsicht ein durchaus friedliches Gepräge zur Schau getragen werden.

Steht aber der Entschluss zur Demarche fest, dann müsste dieselbe im Hinblick auf die militärischen Interessen in einem einzigen Akt mit kurzfristeten Ultimatum geschehen, welchem, wenn es abschlägig beschieden wird, sofort der Mobilisierungsbefehl zu folgen hätte.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.
Conrad, G.d.I.M.p.

Graf Szögyény an Grafen Berchtold.

Bericht Nr.60/P.

Berlin, den 12. Juli 1914.

Nr. TAG:

Gegenstand: Deutschlands Stellungnahme
in der jetzigen serbischen
Krise.

An Seine Exzellenz den Herrn Minister des k.u.k.

Hauses und des Aessern Grafen Berchtold !

Wie Euer Exzellenz aus meiner telegraphischen Berichterstattung der letzten Tage und aus den persönlich hier gewonnenen Eindrücken des Grafen Hoyos entnommen haben, stehen sowohl Seine Majestät Kaiser Wilhelm als auch alle anderen massgebenden hiesigen Faktoren nicht nur fest und bundestreu hinter der Monarchie, sondern sie ermuntern uns auch noch auf das nachdrücklichste, den jetzigen Moment nicht verstreichen zu lassen, sondern energischst gegen Serbien vorzugehen und mit dem dortigen revolutionären Verschwörernest ein für alle Mal aufzuräumen, es uns dabei ganz überlassend, welche Mittel wir dazu zu wählen für richtig halten.

Dass Kaiser Wilhelm und das ganze Deutsche Reich in jedem Falle seine Bundespflichten uns gegenüber in loyalster Weise erfüllen würde, daran habe ich nie gezweifelt und habe ich an dieser meiner Ueberzeugung während meiner langjährigen Tätigkeit als k.u.k. Botschafter in Berlin jederzeit festgehalten. Es hat mich daher auch nicht im geringsten erstaunt, dass Deutschland auch in dem jetzigen Momente uns sofort seiner vollkommensten Bundestreue und Mithilfe versichert hat.

Dagegen glaube ich, dass es doch einer gewissen Erklärung bedarf, dass die massgebenden deutschen Kreise und nicht am wenigsten Seine Majestät Kaiser Wilhelm selbst uns - man möchte fast sagen, geradezu drängen, eine eventuell sogar kriegerische Aktion gegen Serbien zu unternehmen.

Es liegt auf der Hand, dass nach all den nicht genug zu beklagenden ~~Entscheidungen~~ Ereignissen die Monarchie energischst gegen Serbien vorgehen muss; dass die deutsche Regierung aber dazu gerade den gegenwärtigen Moment auch von ihrem Standpunkte aus politisch für den richtigen hält, bedarf einer stärkeren Beleuchtung.

Für die Wahl des jetzigen Zeitpunktes sprechen nach der deutschen - von mir übrigens vollkommen geteilten - Auffassung allgemein politische Gesichtspunkte und spezielle durch die Mordtat ----- in Sarajevo sich ergebende Momente.

Deutschland ist in letzter Zeit in seiner Überzeugung bestärkt worden, dass Russland zum Kriege gegen seine westlichen Nachbarn rüstet und denselben nicht mehr als eine zukünftige Möglichkeit betrachtet, sondern direkt in sein politisches Zukunftskalkül eingestellt hat. Doch nur in sein Zukunftskalkül, dass es also den ----- Krieg beabsichtigt und sich mit allen Kräften dafür rüstet, ihn aber für jetzt nicht vornimmt oder, besser gesagt, für den gegenwärtigen Augenblick noch nicht genügend vorbereitet ist.

Daher ist es absolut nicht ausgemacht, dass, wenn Serbien in einen Krieg mit uns verwickelt wird, Russland denselben mit bewaffneter Hand beistehen würde; und sollte das Zarenreich sich doch dazu entschliessen, so ist es zur Zeit noch lange nicht militärisch fertig und lange nicht so stark, wie es voraussichtlich in einigen Jahren sein wird.

Weiters glaubt die deutsche Regierung sichere Anzeichen dafür zu haben, dass England sich derzeit nicht an einem wegen eines Balkanlandes ausbrechenden Kriege, selbst dann nicht, wenn er zu einem Waffengang mit Russland, eventuell auch Frankreich, führen sollte, beteiligen würde. Nicht nur, dass sich das englisch-deutsche Verhältnis so weit gebessert hat, dass Deutschland eine direkt feindliche Stellungnahme Englands nicht mehr befürchten zu müssen glaubt, sondern vor

Nr.:

allem ist England zur Zeit nichts weniger als Kriegslüstern und gar nicht gewillt, für Serbien oder im letzten Grunde für Russland die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Im allgemeinen ist also, nach dem Vorausgesagten, die politische Konstellation gegenwärtig für uns so günstig wie irgend möglich

Dazu kommen die durch die Bluttat selbst ausgelösten speziell politischen Momente.

Während bisher ein grosser Teil unserer Bevölkerung nicht an die monarchiefeindlichen separatistischen Tendenzen eines Teiles unserer Serben und an die nach dieser Richtung vom Königreiche bei uns unterhaltenen Umtriebe glauben wollte, ist man bei uns nunmehr darüber einig, und verlangt selbst aus sich heraus ein energisches Auftreten Serbien gegenüber zur endgiltigen Unterdrückung der von dort aus geschürten grosserbischen Bewegung.

In ähnlicher Weise sind aber nunmehr der ganzen zivilisierten Welt die Augen aufgegangen, und jede Nation verdammt die Bluttat von Sarajevo und begreift, dass wir dafür Serbien zur Verantwortung ziehen müssen. Und wenn auch die auswärtigen Freunde Serbiens aus politischen Gründen nicht gegen Das Königreich ~~Serbien~~ Stellung nehmen werden, so werden sie sich voraussichtlich im gegenwärtigen Augenblick auch nicht für dasselbe (wenigstens nicht mit Waffengewalt) einsetzen.

Dies dürften die politischen Gründe sein, warum das Deutsche Reich in so richtiger Erfassung der derzeit uns gebotenen Gelegenheit unumwunden dafür eintritt, dass wir unser nun auch ihm als unhaltbar erscheinendes Verhältnis zu Serbien in einer Weise klären die für alle Zukunft den weiteren panslavistischen Umtrieben Serbiens einen Riegel vorschiebt.

Zu diesen politischen Gründen seiner Regierung kommt aber bei Kaiser Wilhelm, wie ich aus zuverlässigster, das Vertrauen Seiner Majestät im hohen besitzender Seite erfahren habe, auch noch das

- 4 -

rein persönliche Moment hinzu, eines unbegrenzten Enthusiasmus für unseren Allergnädigsten Herrn, über die in dem Allerhöchsten Handschreiben bekundete bewunderungswürdige Energie, mit der Seine k.u.k. Apostolische Majestät für die vitalen Interessen und das Prestige der Allerhöchstdemselben anvertrauten Länder einzutreten gewillt sind.

Graf Szögyény an Grafen Berchtold.

Bericht Nr. 60/P.

Berlin, den 12. Juli 1914.

Nr.

TAG:

Gegenstand: Deutschlands Stellungnahme
in der jetzigen serbischen
Krise.

An Seine Exzellenz den Herrn Minister des k.u.k.

Hauses und des Aessern Grafen Berchtold !

Wie Euer Exzellenz aus meiner telegraphischen Berichterstattung der letzten Tage und aus den persönlich hier gewonnenen Eindrücken des Grafen Hoyos entnommen haben, stehen sowohl Seine Majestät Kaiser Wilhelm als auch alle anderen massgebenden hiesigen Faktoren nicht nur fest und bundestreu hinter der Monarchie, sondern sie ermuntern uns auch noch auf das nachdrücklichste, den jetzigen Moment nicht verstreichen zu lassen, sondern energischst gegen Serbien vorzugehen und mit dem dortigen revolutionären Verschwörernest ein für alle Mal aufzuräumen, es uns dabei ganz überlassend, welche Mittel wir dazu zu wählen für richtig halten.

Dass Kaiser Wilhelm und das ganze Deutsche Reich in jedem Falle seine Bundespflichten uns gegenüber in loyalster Weise erfüllen würde, daran habe ich nie gezweifelt und habe ich an dieser meiner Ueberzeugung während meiner langjährigen Tätigkeit als k.u.k. Botschafter in Berlin jederzeit festgehalten. Es hat mich daher auch nicht im geringsten erstaunt, dass Deutschland auch in dem jetzigen Momente uns sofort seiner vollkommensten Bundestreue und Mithilfe versichert hat.

Dagegen glaube ich, dass es doch einer gewissen Erklärung bedarf, dass die massgebenden deutschen Kreise und nicht am wenigsten Seine Majestät Kaiser Wilhelm selbst uns - man möchte fast sagen, geradezu drängen, eine eventuell sogar kriegerische Aktion gegen Serbien zu unternehmen.

Es liegt auf der Hand, dass nach all den nicht genug zu beklagenden ~~Erwartungen~~ Ereignissen die Monarchie energischst gegen Serbien vorgehen muss; dass die deutsche Regierung aber dazu gerade den gegenwärtigen Moment auch von ihrem Standpunkte aus politisch für den richtigen hält, bedarf einer stärkeren Beleuchtung.

Für die Wahl des jetzigen Zeitpunktes sprechen nach der deutschen - von mir übrigens vollkommen geteilten - Auffassung allgemein politische Gesichtspunkte und spezielle durch die Mordtat -----
in Sarajevo sich ergebende Momente.

Deutschland ist in letzter Zeit in seiner Ueberzeugung bestärkt worden, dass Russland zum Kriege gegen seine westlichen Nachbarn rüstet und denselben nicht mehr als eine zukünftige Möglichkeit betrachtet, sondern direkt in sein politisches Zukunftskalkül eingestellt hat. Doch nur in sein Zukunftskalkül, dass es also den -----
Krieg beabsichtigt und sich mit allen Kräften dafür rüstet, ihn aber für jetzt nicht vorhat oder, besser gesagt, für den gegenwärtigen Augenblick noch nicht genügend vorbereitet ist.

Daher ist es absolut nicht ausgemacht, dass, wenn Serbien in einen Krieg mit uns verwickelt wird, Russland demselben mit bewaffneter Hand beistehen würde; und sollte das Zarenreich sich doch dazu entschliessen, so ist es zur Zeit noch lange nicht militärisch fertig und lange nicht so stark, wie es voraussichtlich in einigen Jahren sein wird.

Weiters glaubt die deutsche Regierung sichere Anzeichen dafür zu haben, dass England sich derzeit nicht an einem wegen eines Balkanlandes ausbrechenden Kriege, selbst dann nicht, wenn er zu einem Waffengang mit Russland, eventuell auch Frankreich, führen sollte, beteiligen würde. Nicht nur, dass sich das englisch-deutsche Verhältnis so weit gebessert hat, dass Deutschland eine direkt feindliche Stellungnahme Englands nicht mehr befürchten zu müssen glaubt, sondern vor

allem ist England zur Zeit nichts weniger als Kriegslüster und gar nicht gewillt, für Serbien oder im letzten Grunde für Russland die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Im allgemeinen ist also, nach dem Vorausgesagten, die politische Konstellation gegenwärtig für uns so günstig wie irgend möglich.

Dazu kommen die durch die Bluttat selbst ausgelösten speziell politischen Momente.

Während bisher ein grosser Teil unserer Bevölkerung nicht an die monarchiefeindlichen separatistischen Tendenzen eines Teiles unserer Serben und an die nach dieser Richtung vom Königreiche bei uns unterhaltenen Umtriebe glauben wollte, ist man bei uns nunmehr darüber einig, und verlangt selbst aus sich heraus ein energisches Auftreten Serbiens gegenüber zur endgiltigen Unterdrückung der von dort aus geschürten grossererbischen Bewegung.

In ähnlicher Weise sind aber nunmehr der ganzen zivilisierten Welt die Augen aufgegangen, und jede Nation verdammt die Bluttat von Sarajevo und begreift, dass wir dafür Serbien zur Verantwortung ziehen müssen. Und wenn auch die auswärtigen Freunde Serbiens aus politischen Gründen nicht gegen Das Königreich ~~Serbien~~ Stellung nehmen werden, so werden sie sich voraussichtlich im gegenwärtigen Augenblick auch nicht für dasselbe (wenigstens nicht mit Waffengewalt) einsetzen.

Dies dürften die politischen Gründe sein, warum das Deutsche Reich in so richtiger Erfassung der derzeit uns gebotenen Gelegenheit unumwunden dafür eintritt, dass wir unser nun auch ihm als unhaltbar erscheinendes Verhältnis zu Serbien in einer Weise klären die für alle Zukunft den weiteren panslavistischen Umtrieben Serbiens einen Riegel vorschiebt.

Zu diesen politischen Gründen seiner Regierung kommt aber bei Kaiser Wilhelm, wie ich aus zuverlässigster, das Vertrauen Seiner Majestät im hohen besitzender Seite erfahren habe, auch noch das

- 4 -

rein persönliche Moment hinzu, eines unbegrenzten Enthusiasmus für unseren Allergnädigsten Herrn, über die in dem Allerhöchsten Handschreiben bekundete bewunderungswürdige Energie, mit der Seine k.u.k. Apostolische Majestät für die vitalen Interessen und das Prestige der Allerhöchstdemselben anvertrauten Länder einzutreten gewillt sind.

Abschrift eines Schreibens Kaiser Wilhelms an Kaiser
Franz Josef I., ddo. Balholm, den 14. Juli 1914

Nr.

TAG:

Mein teurerer Freund !

Mit aufrichtiger Dankbarkeit habe ich es empfunden, dass Du inden Tagen, wo Ereignisse von erschüttender Tragik über Dich herein gebrochen waren und schwere Entscheidungen von Dir forderten, Deine Gedanken auf unsere Freundschaft gelenkt und diese zum Ausgangspunkt Deines gütigen Schreibens an mich gemacht hast. Ich betrachte die von Grossvater und Vater auf mich überkommenen enge Freundschaft zu Dir als ein kostbares Vermächtnis und erblicke in deren Erwiderung durch Dich das sicherste Pfand für den Schutz unserer Länder. Bei meiner verehrungsvollen Anhänglichkeit an Deine Person wirst Du ermessen können, wie schwer die Aufgabe meiner Reise nach Wien und der mir auferlegte Verzicht auf die öffentliche Kundgebung meiner innigen Anteilnahme an Deinem tiefen Schmerz mich bekümmern mussten.

Durch Deinen bewährten und von mir aufrichtig geschätzten Botschafter wird Dir meine Versicherung übermittelt worden sein, dass Du auch in den Stunden des Ernstes mich und mein Reich in vollem Einklang mit unserer altbewährten Freundschaft und unseren Bündnispflichten treu an Eurer Seite finden wirst. Dir dies an dieser Stelle zu wiederholen, ist mir eine freudige Pflicht.

Die grauenerregende Freveltat von Sarajevo hat ein grelles Schlaglicht auf das unheilvolle Treiben wahnwitziger Fanatiker und die den staatlichen Bau bedrohende panslaviistische Hetzarbeit geworfen. Ich muss davon absehen, zu der zwischen Deiner Regierung und Serbien schwebenden Frage Stellung zu nehmen. Ich erachte es aber nicht nur für eine moralische Pflicht aller Kulturstaaten, sondern als ein Gebot für ihre Selbsterhaltung, der Propaganda der Tat die sich vornehmlich ~~am~~ das feste Gefüge der Monarchien als Angriffsobjekt ausersieht, mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Ich verschliesse mich nicht der ernstesten Gefahr, die Deinen Ländern

und in der Folgewirkung dem Dreibund aus der von russischen und serbischen Panslavisten betriebenen Agitation droht, und erkenne die Notwendigkeit, die südlichen Grenzen Deiner Staaten von diesem schweren Drucke zu befreien.

Ich bin daher bereit, das Bestreben Deiner Regierung, das dahin geht, die Bildung eines neuen Balkanbundes unter russischer Patronanz und mit der Spitze gegen Oesterreich-Ungarn zu hintertreiben und als Gegengewicht ferner den Anschluss Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen, nach Tunlichkeit zu fördern. Demgemäss habe ich trotz gewisser Bedenken, die in erster Linie durch die geringe Zuverlässigkeit des bulgarischen Charakters bedingt werden, meinen Gesandten in Sofia anweisen lassen, die diesbezüglichen Schritte Deines Vertreters auf dessen Wunsch zu unterstützen.

Des Weiteren habe ich meinen Geschäftsträger in Bukarest beauftragt, sich zu König Carol im Sinne Deiner Anregungen zu äussern und unter Hinweis auf die durch die jüngsten Ereignisse neu geschaffene Lage die Notwendigkeit eines Abdrückens von Serbien und einer Unterbindung der gegen Deine Länder gerichteten Agitation hervorzuheben. Ich habe gleichzeitig betonen lassen, dass ich den grössten Wert auf die Erhaltung der bisherigen vertrauensvollen Bundesbeziehungen zu Rumänien lege, die auch bei einem eventuellen Anschluss Bulgariens an den Dreibund keinerlei Beeinträchtigung zu erleiden brauchen würden.

Zum Schlusse darf ich dem herzlichsten Wunsche Ausdruck geben, dass es Dir vergönnt sein möge, nach den schweren Tagen durch den Aufenthalt in Ischl Erholung zu finden.

In aufrichtiger Anhänglichkeit und Freundschaft

Dein treuer Freund

gez. Wilhelm

Abchrift eines Schreibens Kaiser Wilhelms an Kaiser
Franz Josef I., ddo. Balholm, den 14. Juli 1914

Mein teurerer Freund !

Mit aufrichtiger Dankbarkeit habe ich es empfunden, dass Du in den Tagen, wo Ereignisse von erschütternder Tragik über Dich herein gebrochen waren und schwere Entscheidungen von Dir forderten, Deine Gedanken auf unsere Freundschaft gelenkt und diese zum Ausgangspunkt Deines gütigen Schreibens an mich gemacht hast. Ich betrachte die von Grossvater und Vater auf mich überkommenen enge Freundschaft zu Dir als ein kostbares Vermächtnis und erblicke in deren Erwidern durch Dich das sicherste Pfand für den Schutz unserer Länder. Bei meiner verehrungsvollen Anhänglichkeit an Deine Person wirst Du ermessen können, wie schwer die Aufgabe meiner Reise nach Wien und der mir auferlegte Verzicht auf die öffentliche Kundgebung meiner innigen Anteilnahme an Deinem tiefen Schmerz mich bekümmern mussten.

Durch Deinen bewährten und von mir aufrichtig geschätzten Botschafter wird Dir meine Versicherung übermittelt worden sein, dass Du auch in den Stunden des Ernstes mich und mein Reich in vollem Einklang mit unserer altbewährten Freundschaft und unseren Bündnispflichten treu an Eurer Seite finden wirst. Dir dies an dieser Stelle zu wiederholen, ist mir eine freudige Pflicht.

Die grauenerregende Freveltat von Sarajevo hat ein grelles Schlaglicht auf das unheilvolle Treiben wahnwitziger Fanatiker und die den staatlichen Bau bedrohende panslawistische Hetzarbeit geworfen. Ich muss davon absehen, zu der zwischen Deiner Regierung und Serbien schwebenden Frage Stellung zu nehmen. Ich erachte es aber nicht nur für eine moralische Pflicht aller Kulturstaaten, sondern als ein Gebot für ihre Selbsterhaltung, der Propaganda der Tat die sich vornehmlich ~~am~~ das feste Gefüge der Monarchien als Angriffsobjekt ausersieht, mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Ich verschliesse mich nicht der ernstesten Gefahr, die Deinen Ländern

und in der Folgewirkung dem Dreibund aus der von russischen und serbischen Panslavisten betriebenen Agitation droht, und erkenne die Notwendigkeit, die südlichen Grenzen Deiner Staaten von diesem schweren Drucke zu befreien.

Ich bin daher bereit, das Bestreben Deiner Regierung, das dahin geht, die Bildung eines neuen Balkanbundes unter russischer Patronanz und mit der Spitze gegen Oesterreich-Ungarn zu hintertreiben und als Gegengewicht ferner den Anschluss Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen, nach Tunlichkeit zu fördern. Dagegen habe ich trotz gewisser Bedenken, die in erster Linie durch die geringe Zuverlässigkeit des bulgarischen Charakters bedingt werden, meinen Gesandten in Sofia anweisen lassen, die diesbezüglichen Schritte Deines Vertreters auf dessen Wunsch zu unterstützen.

Des Weiteren habe ich meinen Geschäftsträger in Bukarest beauftragt, sich zu König Carol im Sinne Deiner Anregungen zu äussern und unter Hinweis auf die durch die jüngsten Ereignisse neu geschaffene Lage die Notwendigkeit eines Ab/rückens von Serbien und einer Unterbindung der gegen Deine Länder gerichteten Agitation hervorzuheben. Ich habe gleichzeitig betonen lassen, dass ich den grössten Wert auf die Erhaltung der bisherigen vertrauensvollen Bundesbeziehungen zu Rumänien lege, die auch bei einem eventuellen Anschluss Bulgariens an den Dreibund keinerlei Beeinträchtigung zu erleiden brauchen würden.

Zum Schlusse darf ich dem herzlichsten Wünsche Ausdruck geben, dass es Dir vergönnt sein möge, nach den schweren Tagen durch den Aufenthalt in Ischl Erholung zu finden.

In aufrichtiger Anhänglichkeit und Freundschaft

Dein treuer Freund

gez. Wilhelm

Protokoll

Nr

des, zu Wien, am 19. Juli 1914 abgehaltenen Ministerrates
für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitz des Ministers
des k.u.k. Hauses und des Aessern Grafen Berchtold.

Gegenwärtige: der k.k. Ministerpräsident Graf S t ü r k h ,
der kgl. ung. Ministerpräsident Graf T i s z a
der k.u.k. gemeinsame Finanzminister
Dr. Ritter von Bilinski,
der k.u.k. Kriegsminister
FZM Ritter von Krobratin,
der k.u.k. Chef des Generalstabes
G.d.I. Freiherr Conrad v. Hötzendorf
der Stellvertreter des Marinekommandanten
Konteradmiral von K a i l e r.

Schriftführer: Legationsrat Graf H o y o s ,

Gegenstand: Die bevorstehende diplomatische Aktion gegen Serbien.

Bevor der gemeinsame Ministerrat sich konstituiert und
der Vorsitzende die Sitzung eröffnet, findet eine formlose Bespre-
chung über die Redaktion der an Serbien zu richtenden Note statt
und wird deren definitiver Text festgestellt.

Der Vorsitzende eröffnet hierauf den Ministerrat und
beantragt, dass die Note der königl. serbischen Regierung am Donners-
tag den 23. Juli um 5 Uhr nachmittags überreicht werde, so dass die
48 stündige Frist am Samstag den 25. l. M. um 5 Uhr nachmittags ablau-
fe und die Mobilisierungsverordnung noch in der Nacht von Samstag
auf Sonntag hinausgegeben werden könnte. Nach Ansicht des Grafen
Berchtold ist es nicht wahrscheinlich, dass unser Schritt noch vor
der Abreise des Präsidenten der französischen Republik von Peters-
burg bekannt werden wird, aber selbst wenn dies der Fall wäre, würde
er hierin keinen grossen Nachteil erblicken, nachdem wir den Cour-
toisie-Rücksichten genügt hätten, indem wir das Ende des Besuches
abgewartet hätten. Dagegen würde er sich aus diplomatischen Gründen
entschieden gegen eine weitere Verschiebung aussprechen müssen, da

man schon jetzt gebinne in Berlin nervös zu werden und Nachrichten über unsere Intentionen schon nach Rom durchgesickert seien, so dass er nicht für unerwünschte Zwischenfälle gutstehen könnte, wenn man die Sache noch hinausschieben würde.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen, dass die Note am 23. um 5 Uhr nachmittags zu übergeben sein wird.

Der königl. ungar. Ministerpräsident behält sich vor, falls

die Nachricht von der Ueberreichung des Ultimatums schon am Donnerstag abends aus Belgrad nach Budapest gelangt sein sollte, im ungarischen Abgeordnetenhaus eine Erklärung abzugeben. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Der Chef des Generalstabes betont, dass er auch aus militä-

rischen Gründen eine möglichst rasche Initiierung der Aktion für wünschenswert halten würde. Die ihm in der letzten Zeit aus Serbien zugekommenen militärischen Nachrichten hätten etappenweise 3 Situationen ergeben.

Anfangs hätten grössere Truppenansammlungen mit starken Ständen an der bulgarischen und albanesischen Grenze stattgefunden; in der zweiten Situation seien Meldungen über Mannschaftssendungen nach dem alten Serbien gemeldet worden, diese hätten sich aber dann als ungefährlich herausgestellt, indem es sich nur um einen Austausch von Reservisten gehandelt habe; seit drei Tagen erhalte er aber wieder ernstere Nachrichten. Zuerst sei ihm gemeldet worden, dass zwei Regimenter, das 6. und 17. aus Neuserbien nach Altserbien geschoben worden seien, gestern habe er von sehr beachtenswerter konfidentieller Quelle aus Bulgarien die Nachricht erhalten, dass drei Divisionen nach dem Norden dirigiert worden seien. Er müsse diese Nachrichten noch verifizieren lassen. Falls sie wahr seien, würde er sich für die ehetunlichste Durchführung von Gegenmassregeln aussprechen müssen.

Nr

Sodann wird die Frage der Verhängung des Ausnahmezustandes in allen von Südslaven bewohnten Gebieten der Monarchie besprochen und nach einer langen eingehenden Erörterung dieser Frage einstimmig beschlossen, dass der Ausnahmezustand nicht vorder Bekanntmachung der Mobilisierung verhängt werden soll, um den schlechten Eindruck zu vermeiden, den die vorzeitige Verhängung des Ausnahmezustandes nicht nur im Auslande, sondern auch bei unserer Bevölkerung hervorrufen müsste. Dies gilt auch für Bosnien und Herzegowina, wo der Ausnahmezustand auch erst mit dem Beginn der Mobilisierung in Kraft zu treten hätte.

Der k.u.k. Kriegsminister gibt hierauf Aufschlüsse über

die verschiedenen Mobilisierungsmassnahmen, welche er vorbereitet habe. Aus seinen Aessierungen geht hervor, dass alles Erforderliche am Mittwoch den 22. d. M. der Allerhöchsten Sanktion unterbreitet werden soll und dass das Einvernehmen mit den beiden Regierungen bezüglich der von den Verwaltungsbehörden vorzunehmenden Amtshandlungen bereits hergestellt wurde.

Hierauf beschloss der Ministerrat, dass der Landeschef von Bosnien und der Herzegowina durch Privatschreiben des gemeinsamen Finanzministers von den Absichten der k.u.k. Regierung gegenüber Serbien in Kenntnis gesetzt werden wird.

Auf Wunsch des kgl. ung. Ministerpräsidenten gibt der Chef des Generalstabes noch geheime Auskünfte über die Mobilisierung und erklärt über eine Anfrage des Grafen Tisza, dass die im Falle einer allgemeinen Mobilisierung in Siebenbürgen verbleibenden Sicherungsbesatzungen weitaus genügen, um die innere Ruhe des Landes bei lokalem Aufruhr zu sichern. Es handle sich um Landsturmformationen unter dem Kommando von Offizieren. Das Oberkommando werde ein höherer General übernehmen. Zum Schutze des Landes gegen eine rumänische Armee würden diese Truppen allerdings nicht genügen, sie

könnten aber auch in diesem Falle den Vormarsch der Rumänen v. zögern. Diese Truppen seien so ausgesucht, dass nur ein kleiner Prozentsatz von ungarländischen Rumänen darunter sei.

Der kgl.ung.Ministerpräsident erklärt sich mit dieser Erklärung befriedigt und betont, dass die königl.ungar.Regierung ihrerseits für eine Verstärkung der Gendarmerie in Siebenbürgen Vorsorge treffen und im Ernstfalle einen königlichen Kommissär dahin ernennen würde, der mit dem Oberkommandanten der Truppen einvernehmlich vorgehen würde, um die Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten. In Siebenbürgen werde sofort nach der Mobilisierung der Ausnahmezustand verhängt werden.

Auf Wunsch des k.u.k.Ministerpräsidenten wird hierauf die Frage akademisch erörtert, was die k.u.k.Regierung zu unternehmen hätte, wenn Italien eine Expedition nach Valona entsenden sollte.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass er eine solche Aktion seitens Italien nicht für wahrscheinlich halte und dass auch diplomatisch einer solchen entgegengearbeitet werde. Sollte sie dennoch stattfinden, so müsste die k.u.k.Regierung wahrscheinlich pro forma an derselben teilnehmen, doch sei es noch verfrüht, dieses ernstlich ins Auge zu fassen.

Hierauf ersucht der kgl.ung.Ministerpräsident die Anwesenden den Beschluss zu fassen, von dem er, wie er bei der letzten Besprechung betont hätte, die Zustimmung der kgl.ung.Regierung zur ganzen Aktion abhängig machen müsste. Der Ministerrat hätte nämlich noch einstimmig auszusprechen, dass mit der Aktion gegen Serbien keine Eroberungspläne für die Monarchie verknüpft seien und dass dieselbe bis auf aus militärischen Gründen gebotene Grenzberichtigungen kein Stück von Serbien für uns annectieren wolle. Er müsse unbedingt darauf bestehen, dass ein solcher einstimmiger Beschluss gefasst werde.

Nr

Der Vorsitzende erklärt, dass er sich dem Standpunkte des kgl.ung. Ministerpräsidenten nur mit einer gewissen Reserve anschliessen könne. Auch er sei der Ansicht, dass, wie die politische Lage jetzt sei, wir im Falle wir in einem Kriege mit Serbien den Sieg davontragen, von diesem Lande nichts annektieren; sondern trachten sollen, es durch möglichst grosse ~~Abkän~~ Abtretung von serbischen Gebieten an Bulgarien, Griechenland, und Albanien, eventuell auch Rumänien so zu verkleinern, dass es nicht mehr gefährlich sei. Die Situation am Balkan könne sich ändern, es sei immerhin nicht unmöglich, dass es Russland gelinge, das jetzige Kabinett in Sofia zu stürzen und dort wieder ein uns feindselig gesinntes Regime an die Macht zu bringen; Albanien sei auch noch kein verlässlicher Faktor und er müsse als Leiter der auswärtigen Politik mit der Möglichkeit rechnen, dass es uns am Ende des Krieges wegen der dann vorhandenen Verhältnisse nicht mehr möglich sein werde, nichts zu annektieren, wenn wir bessere Verhältnisse an unserer Grenze schaffen wollten als wie sie jetzt bestehen.

Der kgl.ung. Ministerpräsident erklärt, er könne die Reserve des Grafen Berchtold nicht gelten lassen und müsse mit Rückdacht auf seine Verantwortlichkeit als ungarischer Ministerpräsident darauf bestehen, dass sein Standpunkt einstimmig von der Konferenz angenommen werde. Er stelle dies Verlangen nicht nur aus Gründen der inneren Politik, sondern insbesondere auch, weil er persönlich überzeugt sei, dass Russland sich a'outrance zur Wehrsetzen müsste, wenn wir auf der vollständigen Vernichtung Serbiens bestehen würden und weil er glaube, dass eines unserer stärkstens Atouts, um unsere internationale Situation zu verbessern, darin bestehen würde, dass wir möglichst bald den Mächten erklären, keine Gebiete annektieren zu wollen.

Der Vorsitzende erklärt, ohnedies die Absicht zu haben, diese Erklärung in Rom abzugeben.

Der k.k. Ministerpräsident verweist darauf, dass wenn auch die Besitzergreifung serbischen Territoriums durch die Monarchie ausgeschlossen bleiben sollte, es doch noch unmöglich sein werde, Serbien durch die Absetzung der Dynastie, eine Militärkonvention und andere entsprechende Massregeln in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Monarchie zu bringen. Auch dürfe der Beschluss des Ministerrates nicht etwa notwendig erscheinende strategische Grenzberichtigungen unmöglich machen.

Nachdem der k.u.k. Finanzminister erklärt hat, dass er diesem Beschlusse zustimmen würde, jedoch nur unter der Bedingung, dass ausser einer Grenzberichtigung auch die dauernde Besetzung eines Brückenkopfes jenseits der Save, etwa des Schabatzter Kreises, hiedurch nicht ausgeschlossen werden dürfe, wird der nachstehende Beschluss einstimmig gefasst:

Der gemeinsame Ministerrat beschliesst auf Antrag des kgl. ung. Ministerpräsidenten, dass sofort bei Beginn des Krieges den fremden Mächten erklärt werde, dass die Monarchie keinen Eroberungskrieg führt und nicht die Einverleibung des Königreiches beabsichtigt. Natürlich sollen strategisch notwendige Grenzberichtigungen sowie die Verkleinerung Serbiens zu Gunsten anderer Staaten sowie eventuell notwendige vorübergehende Besetzungen serbischer Gebiete durch diesen Beschluss nicht ausgeschlossen werden.

Der Vorsitzende konstatiert hierauf, dass erfreulicherweise in allen Fragen vollständige Einmütigkeit erzielt worden sei und hebt hierauf den Ministerrat auf.

Ich habe den Inhalt dieses
Protokolles zur Kenntnis
genommen.
Wien, am 5. August 1914

Franz Josef m.p.

Schriftführer:

Hoyos

B e r c h t o l d

Protokoll

des, zu Wien, am 19. Juli 1914 abgehaltenen Ministerrates
für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitz des Ministers
des k.u.k. Hauses und des Aessern Grafen Berchtold.

Gegenwärtige: der k.k. Ministerpräsident Graf Stürkh,
der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Tisza
der k.u.k. gemeinsame Finanzminister
Dr. Ritter von Bilinski,
der k.u.k. Kriegsminister
FZM Ritter von Krobratin,
der k.u.k. Chef des Generalstabes
G.d.I. Freiherr Conrad v. Hötzendorf
der Stellvertreter des Marinekommandanten
Konteradmiral von Kallier.

Schriftführer: Legationsrat Graf Hoyos,

Gegenstand: Die bevorstehende diplomatische Aktion gegen Serbien.

Bevor der gemeinsame Ministerrat sich konstituiert und
der Vorsitzende die Sitzung eröffnet, findet eine formlose Bespre-
chung über die Redaktion der an Serbien zu richtenden Note statt
und wird deren definitiver Text festgestellt.

Der Vorsitzende eröffnet hierauf den Ministerrat und
beantragt, dass die Note der königl. serbischen Regierung am Donners-
tag den 23. Juli um 5 Uhr nachmittags überreicht werde, so dass die
48 stündige Frist am Samstag den 25. l. M. um 5 Uhr nachmittags ablau-
fe und die Mobilisierungsverordnung noch in der Nacht von Samstag
auf Sonntag hinausgegeben werden könnte. Nach Ansicht des Grafen
Berchtold ist es nicht wahrscheinlich, dass unser Schritt noch vor
der Abreise des Präsidenten der französischen Republik von Peters-
burg bekannt werden wird, aber selbst wenn dies der Fall wäre, würde
er hierin keinen grossen Nachteil erblicken, nachdem wir den Cour-
toisie-Rücksichten genügt hätten, indem wir das Ende des Besuches
abgewartet hätten. Dagegen würde er sich aus diplomatischen Gründen
entschieden gegen eine weitere Verschiebung aussprechen müssen, da

man schon jetzt gebühre in Berlin nervös zu werden und Nachrichten über unsere Intentionen schon nach Rom durchgesickert seien, so dass er nicht für unerwünschte Zwischenfälle gutstehen könnte, wenn man die Sache noch hinausschieben würde.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen, dass die Note am 23. um 5 Uhr nachmittags zu übergeben sein wird.

Der königl. ungar. Ministerpräsident behält sich vor, falls die Nachricht von der Ueberreichung des Ultimatums schon am Donnerstag abends aus Belgrad nach Budapest gelangt sein sollte, im ungarischen Abgeordnetenhaus eine Erklärung abzugeben. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Der Chef des Generalstabes betont, dass er auch aus militärischen Gründen eine möglichst rasche Initiierung der Aktion für wünschenswert halten würde. Die ihm in der letzten Zeit aus Serbien zugekommenen militärischen Nachrichten hätten etappenweise 3 Situationen ergeben.

Anfangs hätten grössere Truppenansammlungen mit starken Ständen an der bulgarischen und albanesischen Grenze stattgefunden; in der zweiten Situation seien Meldungen über Mannschaftssendungen nach dem alten Serbien gemeldet worden, diese hätten sich aber dann als ungefährlich herausgestellt, indem es sich nur um einen Austausch von Reservisten gehandelt habe; seit drei Tagen erhalte er aber wieder ernstere Nachrichten. Zuerst sei ihm gemeldet worden, dass zwei Regimenter, das 6. und 17. aus Neuserbien nach Altserbien geschoben worden seien, gestern habe er von sehr beachtenswerter konfidentieller Quelle aus Bulgarien die Nachricht erhalten, dass drei Divisionen nach dem Norden dirigiert worden seien. Er müsse diese Nachrichten noch verifizieren lassen. Falls sie wahr seien, würde er sich für die ehetunlichste Durchführung von Gegenmassregeln aussprechen müssen.

Nr. 1
Sodann wird die Frage der Verhängung des Ausnahmezustandes in allen von Südslaven bewohnten Gebieten der Monarchie besprochen und nach einer langen eingehenden Erörterung dieser Frage einstimmig beschlossen, dass der Ausnahmezustand nicht vorder Bekanntmachung der Mobilisierung verhängt werden soll, um den schlechten Eindruck zu vermeiden, den die vorzeitige Verhängung des Ausnahmezustandes nicht nur im Auslande, sondern auch bei unserer Bevölkerung hervorrufen müsste. Dies gilt auch für Bosnien und Herzegowina, wo der Ausnahmezustand auch erst mit dem Beginn der Mobilisierung in Kraft zu treten hätte.

Der k.u.k. Kriegsminister gibt hierauf Aufschlüsse über die verschiedenen Mobilisierungsmassnahmen, welche er vorbereitet habe. Aus seinen Aeusserungen geht hervor, dass alles Erforderliche am Mittwoch den 22. d. M. der Allerhöchsten Sanktion unterbreitet werden soll und dass das Einvernehmen mit den beiden Regierungen bezüglich der von den Verwaltungsbehörden vorzunehmenden Amtshandlungen bereits hergestellt wurde.

Hierauf beschloss der Ministerrat, dass der Landeschef von Bosnien und der Herzegowina durch Privatschreiben des gemeinsamen Finanzministers von den Absichten der k.u.k. Regierung gegenüber Serbien in Kenntnis gesetzt werden wird.

Auf Wunsch des kgl. ung. Ministerpräsidenten gibt der Chef des Generalstabes noch geheime Auskünfte über die Mobilisierung und erklärt über eine Anfrage des Grafen Tisza, dass die im Falle einer allgemeinen Mobilisierung in Siebenbürgen verbleibenden Sicherungsbesatzungen weitaus genügen, um die innere Ruhe des Landes bei lokalem Aufruhr zu sichern. Es handle sich um Landsturmformationen unter dem Kommando von Offizieren. Das Oberkommando werde ein höherer General übernehmen. Zum Schutze des Landes gegen eine rumänische Armee würden diese Truppen allerdings nicht genügen, sie

könnten aber auch in diesem Falle den Vormarsch der Rumänen verzögern. Diese Truppen seien so ausgesucht, dass nur ein kleiner Prozentsatz von ungarländischen Rumänen darunter sei.

Der kgl. ung. Ministerpräsident erklärt sich mit dieser Erklärung befriedigt und betont, dass die königl. ung. Regierung ihrerseits für eine Verstärkung der Gendamerie in Siebenbürgen Vorsorge treffen und im Ernstfalle einen königlichen Kommissär dahin ernennen würde, der mit dem Oberkommandanten der Truppen einvernehmlich vorgehen würde, um die Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten. In Siebenbürgen werde sofort nach der Mobilisierung der Ausnahmezustand verhängt werden.

Auf Wunsch des k. u. k. Ministerpräsidenten wird hierauf die Frage akademisch erörtert, was die k. u. k. Regierung zu unternehmen hätte, wenn Italien eine Expedition nach Valona entsenden sollte.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass er eine solche Aktion seitens Italien nicht für wahrscheinlich halte und dass auch diplomatisch einer solchen entgegengearbeitet werde. Sollte sie dennoch stattfinden, so müsste die k. u. k. Regierung wahrscheinlich pro forma an derselben teilnehmen, doch sei es noch verfrüht, dieses ernstlich ins Auge zu fassen.

Hierauf ersucht der kgl. ung. Ministerpräsident die Anwesenden den Beschluss zu fassen, von dem er, wie er bei der letzten Besprechung betont hätte, die Zustimmung der kgl. ung. Regierung zur ganzen Aktion abhängig machen müsste. Der Ministerrat hätte nämlich noch einstimmig auszusprechen, dass mit der Aktion gegen Serbien keine Eroberungspläne für die Monarchie verknüpft seien und dass dieselbe bis auf aus militärischen Gründen gebotene Grenzberichtigungen kein Stück von Serbien für uns annectieren wolle. Er müsse unbedingt darauf bestehen, dass ein solcher einstimmiger Beschluss gefasst werde.

Nr.

TAG:

Der Vorsitzende erklärt, dass er sich dem Standpunkte des kgl. ung. Ministerpräsidenten nur mit einer gewissen Reserve anschliessen könne. Auch er sei der Ansicht, dass, wie die politische Lage jetzt sei, wir im Falle wir in einem Kriege mit Serbien den Sieg davontragen, von diesem Lande nichts annektieren, sondern trachten sollen, es durch möglichst grosse ~~Abtretung~~ Abtretung von serbischen Gebieten an Bulgarien, Griechenland, und Albanien, eventuell auch Rumänien so zu verkleinern, dass es nicht mehr gefährlich sei. Die Situation am Balkan könne sich ändern, es sei immerhin nicht unmöglich, dass es Russland gelinge, das jetzige Kabinett in Sofia zu stürzen und dort wieder ein uns feindselig gesinntes Regime an die Macht zu bringen; Albanien sei auch noch kein verlässlicher Faktor und er müsse als Leiter der auswärtigen Politik mit der Möglichkeit rechnen, dass es uns am Ende des Krieges wegen der dann vorhandenen Verhältnisse nicht mehr möglich sein werde, nichts zu annektieren, wenn wir bessere Verhältnisse an unserer Grenze schaffen wollten als wie sie jetzt bestehen.

Der kgl. ung. Ministerpräsident erklärt, er könne die Reserve des Grafen Berchtold nicht gelten lassen und müsse mit Rücksicht auf seine Verantwortlichkeit als ungarischer Ministerpräsident darauf bestehen, dass sein Standpunkt einstimmig von der Konferenz angenommen werde. Er stelle dies Verlangen nicht nur aus Gründen der inneren Politik, sondern insbesondere auch, weil er persönlich überzeugt sei, dass Russland sich a' outrance zur Wehrsetzen müsste, wenn wir auf der vollständigen Vernichtung Serbiens bestehen würden und weil er glaube, dass eines unserer stärksten Atouts, um unsere internationale Situation zu verbessern, darin bestehen würde, dass wir möglichst bald den Mächten erklären, keine Gebiete annektieren zu wollen.

Der Vorsitzende erklärt, ohnedies die Absicht zu haben, diese Erklärung in Rom abzugeben.

Der k.k.Ministerpräsident verweist darauf, dass wenn auch die Besitzergreifung serbischen Territoriums durch die Monarchie ausgeschlossen bleiben sollte, es doch noch unmöglich sein werde, Serbien durch die Absetzung der Dynastie, eine Militärkonvention und andere entsprechende Massregeln in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Monarchie zu bringen. Auch dürfe der Beschluss des Ministerrates nicht etwa notwendig erscheinende strategische Grenzberichtigungen unmöglich machen.

Nachdem der k.u.k.Finanzminister erklärt hat, dass er diesem Beschlusse zustimmen würde, jedoch nur unter der Bedingung, dass ausser einer Grenzberichtigung auch die dauernde Besetzung eines Brückenkopfes jenseits der Save, etwa des Schabatzter Kreises, hiedurch nicht ausgeschlossen werden dürfe, wird der nachstehende Beschluss einstimmig gefasst:

Der gemeinsame Ministerrat beschliesst auf Antrag des kgl. ung.Ministerpräsidenten, dass sofort bei Beginn des Krieges den fremden Mächten erklärt werde, dass die Monarchie keinen Eroberungskrieg führt und nicht die Einverleibung des Königreiches beabsichtigt. Natürlich sollen strategisch notwendige Grenzberichtigungen sowie die Verkleinerung Serbiens zu Gunsten anderer Staaten sowie eventuell notwendige vorübergehende Besetzungen serbischer Gebiete durch diesen Beschluss nicht ausgeschlossen werden.

Der Vorsitzende konstatiert hierauf, dass erfreulicherweise in allen Fragen vollständige Einmütigkeit erzielt worden sei und hebt hierauf den Ministerrat auf.

Ich habe den Inhalt dieses
Protokolles zur Kenntnis
genommen.

Wien, am 5. August 1914

Franz Josef m.p.

Schriftführer:

Hoyos

B e r c h t o l d

Das Staatsamt des Aessern hat selbstverständlich Vorsorge getroffen, um alle auf die Entstehung des Krieges bezüglichen Akten sofort sicher zu stellen. Es sind auch mit Ausnahme kleiner Lücken alle Akten noch vorhanden und bereits durchgeprüft worden. Die vollständige Zusammenstellung des auf die Zeit vom 28. Juni 1914 bis 27. August 1914 bezughabenden Aktenmaterials ist bereits erfolgt und umfasst vierhundertzweiunddreissig Nummern. Es stellte sich dabei heraus, dass in den österreichisch-ungarischen Rotbüchern nur eine sehr unvollständige Auslese der Akten vorgenommen wurde.

Die deutsch-österreichische Republik hat keinerlei Grund die Verantwortung in irgend einer Richtung für das zu übernehmen was die k.u.k. Regierung getan und sie wird die Interessen des deutsch-österreich. Staates um so besser wahren, je deutlicher sie jede Solitarität mit dem früheren Regime ablehnt. Die gegenwärtige Regierung kann daher keinerlei Grund haben, sich weiter an der Verheimlichung der Akten zu beteiligen und sie wird das Vertrauen in ihre Entschlossenheit, das alte System der Geheimdiplomatie zu durchbrechen am meisten fördern, wenn sie auch in der Frage, des Kriegsursprungs zur Feststellung des gerechten historischen Urteils ihren Beitrag ^{gibt} ~~gibt~~. ~~Das Staatsamt des~~ Das Staatsamt des Aessern wird daher die gesammten gesammelten Akten, sobald dies technisch möglich ist, der Öffentlichkeit übergeben. ~~Man nimmt an~~ ~~dass~~

Aus diesem Zusammenhang geprüften Akten ergibt sich ein Bild der Entstehung des Kriegsgedankens folgendes Bild

Die erste aktenmässige Festlegung des Gedankens eines Krieges gegen Serbien findet sich in dem Handschreiben, dass Kaiser Franz Josef I. an Kaiser Wilhelm am 2. Juli 1914 gerichtet hat und das durch den Grafen Hoyos am 4. Juli 1914 nach Berlin befördert wurde und dort am 5. Juli Kaiser Wilhelm übergeben wurde.

Aurch den Grafen Szögyeny dem Kaiser Wilhelm übergeben wurde.

Am gleichen Tage hatte der österr. Botschafter Graf Szögyeny ~~in Begleitung~~ in Begleitung des Grafen Hoyos eine Unterredung mit dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär.

Das Handschreiben des Kaiser Franz Josef vom 2. Juli 1914 schliesst folgendermassen:

" Die Auswärtige Politik meiner Regierung am Balkan muss in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein. Die erste Etappe auf diesem Wege kann nur in einer Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung bestehen, damit dieses Land, dessen reale Interessen mit den unseren übereinstimmen vor der Rückkehr zur Russophilie bewahrt bleibt.

Wenn man in Bukarest erkennt, dass der Dreibund entschlossen ist, auf Bulgarien nicht zu verzichten, jedoch bereit wäre, Bulgarien dazu zu veranlassen, sich mit Rumänien zu verbinden und dessen territoriale Integrität zu garantieren, so wird man dort vielleicht von der gefährlichen Richtung zurückkommen, in welche man durch die Freundschaft mit Serbien und die Annäherung an Russland getrieben worden ist.

Wenn dies gelingt, so wird es vielleicht auch möglich sein, Griechenland durch einen billigen Gebietsaustausch mit Bulgarien und der Türkei zu versöhnen, es würde sich dann unter der Patronanz des Dreibundes ein neuer Balkanbund bilden, dessen Ziel darin bestehen würde, dem Vordringen der panslavistischen Hochflut ein Ziel zu setzen und unseren Ländern den Frieden zu sichern.

Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslavistischen Politik bildet, als politischen Machtfaktor am Balkan nicht mehr gerechnet wird.

Du wirst nach dem jüngsten furchtbaren Geschehnisse in Bosnien die Ueberzeugung haben, dass eine Versöhnung des Gegensatzes welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist und dass die erhaltene Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt. "

Dieses Handschreiben des Kaiser Franz Josef I. stützt sich wesentlich auf eine Denkschrift über die europäische Lage, die der österr. Minister des Aessern noch vor dem Attentat in Sarajevo verfasst hat und die als Begründung für die Notwendigkeit ^{als Beilage} kriegerischen Eingreifens am Balkan mit dem Handschreiben an Kaiser Wilhelm übersendet wurde. Diese vor dem Attentat verfasste Denkwchrift kommt zu dem Schluss: "

"Das ist ein gemeinsames Interesse der Monarchie wie nicht minder Deutschlands ist, im jetzigen Stadium der Balkankrise rechtzeitig und energisch einer von Russland planmässig angestrebten und geförderten Entwicklung entgegenzutreten, die später vielleicht nicht mehr rückgängig zu machen wäre."

Der vor dem Attentat fertiggestellten Denkschrift sind dann noch folgende Zeilen angefügt worden:

" Die vorliegende Denkschrift war eben fertiggestellt, als die furchtbaren Ereignisse von Sarajevo eintraten.

Die ganze Tragweite der ruchlosen Mordtat lässt sich heute kaum überblicken-Jedenfalls ist aber, wenn es dessen noch bedurft hat, hiedurch der unzweifelhafte Beweis für die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen der Monarchie und Serbien sowie für die Gefährlichkeit und Intensität ~~und~~ der vor nichts zurückschreckenden grossserbischen Bestrebungen erbracht worden.

Oesterreich-Ungarn hat es an gutem Willen und Entgegenkommen nicht fehlen lassen, um ein erträgliches Verhältniss zu Serbien herbeizuführen. Es hat sich aber neuerlich gezeigt, dass diese Bemühungen ganz vergeblich waren und dass die Monarchie auch in Zukunft mit der hartnäckigen, unversöhnlichen und aggressiven Feindschaft Serbiens zu rechnen haben wird.

Umso gebieterischer tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupt verdichten wollen. "

Graf Szögyény hatte vom Minister des Aessern Grafen Berchtold den Auftrag: " Herrn von Bethmann Hollweg eventuell am Lande zu besuchen, wenn er nicht in Berlin ist, da ich es für ausserordentlich wichtig halte, dass der Reichskanzler noch vor der Abreise Kaiser Wilhelms den Inhalt dieser Piesen mit E.E. und dann mit dem Kaiser besprechen könne. "

Ueber das Ergebnis seiner Unterredungen in Berlin berichtete Graf Szögyény an Graf Berchtold in zwei Chiffretelegrammen Nr. 237 u. 239 am 5. Juli 1914. In dem ersten heisst es:

" Nachdem ich Kaiser Wilhelm zur Kenntnis gebracht habe, dass ich ein Allerhöchstes Handschreiben seiner k.u.k. apostolischen Majestät, welches mir Graf Hoyos heute überbrachte, ihm zu überreichen habe, erhielt ich eine Einladung der deutschen Majestäten zu einem Dejeuner ins neue Palais für heute mittags.

Das Allerhöchste Handschreiben und das beige geschlossene Memorandum habe ich seiner Majestät überreicht. In meiner Gegenwart las Kaiser mit grösster Aufmerksamkeit beide Schriftstücke.

Zuerst versicherte mir Höchst derselbe, dass er eine ernste Aktion unsererseits gegenüber Serbien erwartet habe, doch müsse er gestehen, dass er infolge der Auseinandersetzungen unseres Allergnädigsten Herrn eine ernste europäische Komplikation im Auge behalten müsse und daher vor einer Beratung mit Reichskanzler keine definitive Antwort erteilen wolle.

Nach dem Dejeuner, als ich nochmals Ernst der Situation mit grossem Nachdruck betonte, ermächtigte mich seine Majestät, unserem Allergnädigsten Herrn zu melden, dass wir auch in diesem Falle auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können. Wie gesagt, müsse er vorerst Meinung des Reichskanzlers einholen, doch zweifle er nicht im Geringsten daran, dass Herrn von Bethmann-Hollweg vollkommen seiner Meinung zustimmen werde. Insbesondere gelte dies betreffend eine Aktion unsererseits gegenüber Serbien

Nach seiner (Kaiser Wilhelms) Meinung muss aber mit dieser Aktion nicht zugegriffen werden. Russlands Haltung werden ebenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet und sollte es sogar zu einem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, dass Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde. Russland sei übrigens, wie die Dinge heute stünden, auch keineswegs kriegsbereit und werde es sich gewiss noch sehr überlegen, an die Waffen zu appellieren. Doch werde es bei den anderen Mächten der Tripleentente gegen uns hetzen und am Balkan das Feuer schüren.

Er begreife sehr gut, dass es Seiner k.u.k. Apostolischen Majestät bei seiner bekannten Friedensliebe schwer fallen würde in Serbien einzumarschieren; Wenn wir aber wirklich die Notwendigkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien erkannt hätten, so würde er (Kaiser Wilhelm) es bedauern, wenn wir den jetzigen, für uns so günstigen Moment unbenutzt liessen.

Was Rumänien betreffe, so werde er dafür sorgen, dass König Carol und seine Ratgeber sich korrekt verhalten werden. Das Eingehen in ein Vertragsverhältnis mit Bulgarien sei ihm keineswegs sympatisch; nach wie vor habe er nicht das geringste Vertrauen zu König Ferdinand noch zu seinem früheren und jetzigen Ratgebern. Trotzdem wolle er nicht die geringste Einwendung gegen die Eingehung eines vertragsmässigen Anschlusses der Monarchie an Bulgarien erheben, doch müsse dafür Vorsorge getroffen werden, dass der Vertrag keine Spitze gegen Rumänien enthalte und wie dies auch im Memorandum hervorgehoben werde Rumänien zur Kenntnis gebracht werde.

Kaiser Wilhelm beabsichtigt, sich morgen früh nach Kiel und von dort auf seine Nordlandsfahrt zu begeben; früher wird aber Seine Majestät mit Reichskanzler in der in Rede stehenden Angelegenheit noch Rücksprache pflegen und hatber ihn zu diesem Zwecke von Hohenfinow für heute abends in das Neue Palais bestellt.

Jedenfalls werde ich Gelegenheit finden, im Laufe des morgigen Tages mich mit dem Reichskanzler zu besprechen. "

In dem zweiten Chiffretelegramm an Graf Berchtold sagt

Graf Szögyény:

" Zu meinem Telegramm Nr. 237 von gestern.

Hatte soeben in Begleitung des Grafen Hoyos mit Reichskanzler und Unterstaatssekretär eine lange Unterredung, die Herrn von Bethmann Hollweg mit den Worten einleitete, Kaiser Wilhelm habe ihn beauftragt, vorerst mündlich seinen Höchsten Dank für Allerhöchstes Handschreiben auszusprechen und werde letzteres in einigen Tagen persönlich beantworten.

Auch sei er (Reichskanzler) von seinem kaiserlichen Herrn ermächtigt worden, mir Stellungnahme deutscher Regierung zu dem Handschreiben und der Denkschrift wie folgt zu präzisieren.

.....

Unser Verhältnis zu Serbien betreffend stehe deutsche Regierung auf dem Standpunkt, dass wir beurteilen müssten, was zu geschehen hätte, um dieses Verhältnis zu klären; wir könnten hierbei wie auch immer unsere Entscheidung ausfallen möge - mit Sicherheit darauf rechnen, dass Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe.

Im weiteren Verlaufe der Konversation habe ich festgestellt, dass sich Reichskanzler, ebenso wie sein kaiserlicher Herr ein sofortige Einschreiten unsererseits gegen Serbien als radikalste und beste

Lösung unserer Schwierigkeiten am Balkan ansieht. Vom internationalen Standpunkt hält er den jetzigen Augenblick für günstiger, als einen späteren; er ist ganz damit einverstanden, dass wir weder Italien noch Rumänien vorher von einer eventuellen Aktion gegen Serbien verständigen. Dagegen soll Italien durch die deutsche und durch unsere Regierung schon jetzt von der Ansicht in Kenntnis gesetzt werden, den Abschluss Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen. "

Nachdem in Berlin die Vorbereitungen getroffen waren, trat am 7. Juli 1914 in Wien der Ministerrat zur gemeinsamen Angelegenheiten zusammen. An demselben nahmen unter dem Vorsitz des Grafen Berchtold teil, der k. k. Ministerpräsident Graf Stürkh, der k. k. Ministerpräsident Graf Tisza, der gemeinsame Finanzminister Bilinski, der Kriegsminister Krobratin, der Chef des Generalstabs Conrad, der Vertreter des Marinekommandanten Kontreadmiral v. Kailer. Das Protokoll führte Legationsrat Graf Hoyos.

Provisorische Nationalversammlung. — 12. Sitzung am 9. Jänner 1919.

26

N. V./I.

Anfrage

des

Abgeordneten Dr. Dfner und Genossen an den Herrn
Staatssekretär des Äußern.

Die Verbandsmächte erklären, das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn als allein an der Entstehung des Krieges schuldig. Die Widerlegung und tatsächengemäße Zuweisung der Schuld an die einzelnen Staaten und ihre Leiter kann nur durch offene Darlegung des Aktenmaterials erfolgen. Die deutsche Regierung ist, wie es verlautet, bereits im Begriff, das dortige Material zu verarbeiten und zu veröffentlichen. Auch bei uns muß das gleiche stattfinden.

Die Unterzeichneten stellen die Fragen:

„1. Sind die auf die Entstehung des Krieges bezüglichen Akten im Staatsamt des Äußern noch vorhanden?

2. Hat der Herr Staatssekretär des Äußern sie bereits durchgeprüft und das in ihnen enthaltene Material zur Beurteilung der Schuldfrage für die Friedenskonferenz vorbereitet?“

Korjmer.
Hock.
A. Seitz.
Reisel.

Dfner.
Ellenbogen.
Abram.
Seliger.
Möckl.

LICHNOWSKY

TAGESPOST (Graz) (Abendblatt)

Nr.: 78

TAG: 20.3.1918, 1

Der Fall Lichnowsky.

Eine diplomatische Entgleisung.

Die Denkschrift, die der ehemalige deutsche Botschafter in London Fürst Lichnowsky nach seiner Angabe nur für einen ganz kleinen Kreis unbedingt Vertrauter und Verschwiegener anfertigte, und die seine persönliche Meinung wiedergab, ist bekanntlich in die Öffentlichkeit gedrungen — wieder nach Angabe des Verfassers durch einen großen Vertrauensbruch — und hat daher gestern den deutschen Reichstag beschäftigt. Daß die Ansichten des Fürsten unrichtig waren, daß er von ganz falschen Voraussetzungen ausging, ist indessen längst durch die Geschichte, nicht zuletzt durch den Prozeß gegen den russischen Kriegsminister Suchomlinow, erwiesen worden. Übrigens ist die persönliche Seite der Angelegenheit durch den Rücktritt des Fürsten vollständig erledigt und nebenbei auch eine Kandidatur für den Reichskanzlerposten, die lange Zeit in ernster Erörterung stand. Dagegen bleibt die prinzipielle Seite, von der aus der Reichstag die Sache auch ausäunzte, nämlich die gründliche Änderung im diplomatischen Dienst, die nach den Vorfällen mit dem Fürsten Lichnowsky und dem Grafen Lugburg, eine augenfällige Notwendigkeit geworden ist. Vor Kriegsbeginn und während des Krieges hat sich die Reformbedürftigkeit der deutschen, aber auch der gesamten Diplomatie — der Österreich-Ungarns nicht minder — klar erwiesen. Es wurden sehr viele Fensterscheiben eingeschlagen, nicht nur von der Presse — sondern auch vornehmlich von den Diplomaten. Manches hätte unterbleiben und vieles gewonnen werden können, wenn das Bild immer klar und richtig gewesen wäre. Aber gerade so wie Fürst Lichnowsky falsch unterrichtet war, obwohl er auf einem der wichtigsten, ja auf dem wichtigsten Posten stand, so waren es naturgemäß auch andere und haben daher auch ihrerseits wieder falsch unterrichtet. Dieses Spiel der Diplomatie hat die Pläne des Vierverbandes sicherlich sehr unterstützt und würde sie auch nach dem Kriege politisch und wirtschaftlich fördern. Da nun schon heute klar ist, daß der Weltkrieg nicht mit einem Friedens- und Freundschaftsbund aller Völker enden, daß vielmehr der Bodensatz der Gegnerschaft bestehen und weitere Sicherungen notwendig machen wird, da es ferner klar ist, daß nach dem Kampfe der Waffen der um die Rohstoffe und Absatzgebiete kommen wird, ist die Forderung nach einer gründlichen sachgemäßen Umgestaltung des ganzen auswärtigen Dienstes selbstverständlich. Es hätte der unangenehmen Enthüllungen nicht bedurft, um diese Notwendigkeit allgemein sichtbar zu machen; da sie sich aber nun einmal ereignet haben, so ist die logische Forderung die, aus dem Unangenehmen wenigstens eine gute Lehre und die daraus sich ergebende Tat zu folgern.

Lichtdruck

TAGESPOST (Graz) (Abendblatt)

Nr.: 78

TAG: 20.3.1918 1f.

Die Denkschrift des Grafen Lichnowsky.

Einmütige Verurteilung im Hauptausschusse des Reichstages.

R.-B. Berlin, 19. März.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages am 16. März kamen zwei in der letzten Zeit in Deutschland verbreitete Schriftstücke, in erster Linie

die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916 zur Sprache, die gegen die Politik der Regierung vor Kriegsausbruch gerichtet ist.

Vizekanzler v. Beyer zitiert ein Schreiben Lichnowskys an den Reichskanzler Hertling, in dem es heißt: Die rein privaten Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, fanden durch einen unerhörten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise. Es handelt sich um subjektive Betrachtungen über unsere Auslandspolitik seit dem Berliner Kongress. Ich erblicke in der seitherigen Abkehr von Rußland und Ausdehnung der Bündnispolitik auf die orientalischen Fragen die eigentliche Wurzel des Weltkrieges. Daran anschließend unterzog ich auch unsere Maritto- und Flottenpolitik einer kurzen Beleuchtung. Diese nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen glaubte ich einigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie in ihre Zuverlässigkeit, gegen die Zusage unbedingter Verschwiegenheit zukommen lassen zu können. Lichnowsky schildert in dem Schreiben, wie die Denkschrift durch Indiskretion eine weitere Verbreitung fand und drückt sein lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall aus.

Der Vizekanzler führt dann aus, der Fürst habe mittlerweile sein Abschiedsgesuch eingereicht, das bewilligt wurde. Es hat zweifellos keine böse Absicht vorgelegen, sondern es handelte sich nur um eine Unvorsichtigkeit. Deshalb sehe man davon ab, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Der Vizekanzler befaßt sich dann mit den einzelnen Behauptungen Lichnowskys über die Vorgänge der letzten Monate vor dem Kriegsausbruch. Hierbei betont der Vizekanzler die Überschätzung der eigenen Verdienste durch den Fürsten, die von einer auffälligen Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft liebevoll geschildert wurden, sowie von der Gereiztheit gegen fast sämtliche deutsche Staatsmänner begleitet sei. Das Ergebnis sei, daß der Fürst manchmal gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde ansah, weil sie sich mit ihm persönlich gut gestellt hätten. Auch gab Lichnowsky zu, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beimah und es übel bemerkte, daß man in Berlin die Sache anders beurteilte. Lichnowsky vertrat die Ansicht, daß trotz der Ermordung des Thronfolgers der Friede von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Österreich-

Ungarn hätte aufrecht erhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenützt hätte. Von Rußland wäre nach Ansicht Lichnowskys ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch seine Politik gewesen, sei jetzt durch den Suchomlinow-Prozeß überzeugend festgestellt.

Der Vizekanzler betont ferner, daß die angeblichen Tatsachen, auf die Fürst Lichnowsky zur Rechtfertigung seiner Politik sich berufe, vielfach im Widerspruch mit der objektiven Wahrheit stehen und weist dies an einzelnen Beispielen nach. So seien die Klagen des Fürsten unbegründet, daß man nicht entsprechend seiner Anregung versuchte, die serbische Krise durch eine Konferenz zu beenden. Auch die weiteren Vorwürfe Lichnowskys, daß Deutschland die russische Mobilmachung mit der Kriegserklärung beantwortete, daß Deutschland die Vermittlungsvorschläge Englands ablehnte, werden vom Vizekanzler zurückgewiesen, wobei er auf das bekannte Telegramm des Kaisers an den König von England verweist, worin Deutschland sich erbidet, auf den englischen Vorschlag einzugehen, wenn England neutral bleibe. Zweck der Denkschrift Lichnowskys sei offenbar der, daß sie dem Leser zeigen wollte, wie viel bessere Politik der Verfasser gemacht hätte, wenn man seinen Ratsschlüssen gefolgt wäre. Der Vizekanzler betont den Schaden, den die Denkschrift anrichten konnte, doch beziehe sie keinen historischen Wert.

Dann erwähnt der Vizekanzler noch ein Rundschreiben eines in der Schweiz sich aufhaltenden Dr. Mühlens, worin behauptet wird, daß der deutschen Regierung im Jahre 1914 der Friedenswille gefehlt habe. Es handle sich hierbei um einen nervenkranken Mann, dessen Erzählungen kein weiteres Gewicht beizulegen sei.

In der hierauf anschließenden Wechselrede erklären die Redner fast sämtlicher Parteien, daß sie die Denkschrift Lichnowskys einmütig verurteilen und drücken hierbei den Wunsch nach Reformierung der deutschen Diplomatie und Ausgabe eines neuen deutschen Weißbuches aus.

Der Vizekanzler erklärt in Beantwortung mehrerer Anfragen, eine strafrechtliche Verfolgung Lichnowskys hätte keine Aussicht auf Erfolg geboten. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Fürsten komme nach seiner Verabschiedung nicht in Betracht.

Unterstaatssekretär Stumm erklärt schließlich, die Ausgabe eines neuen Weißbuches sei in Vorbereitung.

Einige Stellen aus der Denkschrift.

R. Berlin, 20. März.

Das „Tageblatt“ veröffentlicht einige wichtige Stellen aus der Denkschrift des ehemaligen Botschafters in London, Fürsten Lichnowsky. Es heißt da u. a.: Ich hatte bald nach meiner Ankunft die Überzeugung gewonnen, daß wir unter keinen Umständen einen englischen Angriff oder eine englische Unterstützung eines fremden Angriffes zu befürchten hätten, daß aber unter

allen Umständen England die Franzosen schützen würde. Über diese Ansicht habe ich wiederholt berichtet, und sie mit großem Nachdruck vertreten, ohne jedoch Glauben zu finden. Ende Juni 1914 begab ich mich auf allerhöchsten Befehl nach Kiel. An Bord des „Meteor“ erfuhr ich den Tod des Erzherzog-Thronfolgers. Seine Majestät bedauerte, daß dadurch seine Bemühungen, den hohen Herrn für seine Ideen zu gewinnen, vergeblich waren. Ob der Plan einer aktiven Politik gegen Serbien schon in Konopischt festgestellt wurde, kann ich nicht wissen. In Berlin angekommen, sagte ich dem Reichskanzler, daß ich unsere auswärtige Lage für sehr befriedigend halte, da wir mit England so gut stünden wie schon lange nicht. Auch in Frankreich war ein pazifistisches Ministerium am Ruder; Herr von Bethmann schien meinen Optimismus nicht zu teilen und beklagte sich über russische Rüstungen. Darauf ging ich zu Dr. v. Zimmermann und erfuhr von ihm, daß Rußland im Begriffe sei, 900.000 Mann neuer Truppen aufzustellen. Aus seinen Worten ging eine unverkennbare Mißstimmung gegen Rußland hervor. Daß General v. Moltke zum Kriege gedrängt wurde, mir natürlich nicht gesagt, ich erfuhr aber, daß Herr v. Tschirschky einen Verweis erhalten habe, weil er berichtete, er habe in Wien Serbien gegenüber zur Mäßigung geraten.

Auf meiner Rückkehr aus Schlesien auf dem Wege nach London hörte ich, daß Österreich beabsichtige, gegen Serbien vorzugehen. Ich glaubte, es werde doch wieder nichts daraus werden. Heute bereue ich es, nicht in Berlin geblieben zu sein und erklärt zu haben, daß ich eine herartige Politik nicht mitmache. Nachträglich erfuhr ich, daß bei der entscheidenden Besprechung in Potsdam am 5. Juli die Wiener Anträge die unbedingte Zustimmung aller Persönlichkeiten fanden, und zwar mit dem Zusatz, es wäre auch nichts daran, wenn daraus ein Krieg mit Rußland entstehen sollte. Die Erinnerung an die Haltung Englands während der Annexionskriege sprach sehr gegen die Wahrscheinlichkeit einer Unterstützung der geplanten Strafexpedition gegen die Fürstenmörder, daß ich mich veranlaßt sah, dringend zu warnen, da ich nicht an die Lokalisierung des Konfliktes glaubte.

Angesichts unserer Haltung, die auf Berichten des Grafen Pourtales fußte, daß Rußland unter keinen Umständen sich rühren werde und die uns veranlaßte, den Grafen Berchtold zu möglichster Energie anzu-

feuern, erhoffte ich Rettung in der englischen Vermittlung, da ich wußte, daß Sir Edward Grey's Einfluß in Petersburg im Sinne des Friedens zu verwerthen war. Ich drängte zunächst auf eine möglichst entgegenkommende Antwort Serbiens, da die Haltung der russischen Regierung keinen Zweifel mehr an dem Ernst der Lage ließ. Grey ging die serbische Antwort mit mir durch und wies auf die entgegenkommende Haltung der Regierung in Belgrad hin.

Wir boten dann einen Vermittlungsvorschlag. Es hätte natürlich nur eines Winkes von Berlin bedurft, um den Grafen Berchtold zu bestimmen, sich mit einem diplomatischen Erfolg zu begnügen und sich bei der serbischen Antwort zu beruhigen. Dieser Wink ist aber nicht ergangen, im Gegenteil, es wurde zum Kriege gedrängt. Nach unserer Ablehnung bat Grey uns, mit einem Vorschlag hervorzutreten. Wir bestanden auf dem Krieg. Ich konnte keine andere Antwort erhalten, als daß es ein kolossales Entgegenkommen Österreichs sei, seine Gebietsverwundungen zu beabsichtigen. Die inständigen Bitten und bestimmten Erklärungen des Herrn Sazonow und später die geradezu demütigenden Telegramme des Zaren; die wiederholten Vorschläge Sir Edward Greys; die Warnungen des Marschalls von San Giuliano; meine dringenden Ratsschläge, das alles nützte nichts. In Berlin blieb man dabei, Serbien müsse massakriert werden.

Da entschloß sich Grey am 29. Juli zu der bekannten Warnung. Wiederholt sagte mir der Minister, daß es, wenn ein Krieg ausbrechen, die größte Katastrophe wäre, die die Welt je erlebt habe. Die Ereignisse überstürzten sich bald. Als endlich Graf Berchtold sich zum Einlenken entschloß, beantworteten wir die russische Mobilmachung; nachdem Rußland eine ganze Woche vergeblich unterhandelt und gewartet hatte, mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung. Wir haben, wie aus einer amtlichen Veröffentlichung hervorgeht, und auch durch unser Weißbuch nicht widerlegt wird, das durch seine Tüchtigkeit und Lächerlichkeit eine schwere Selbstanklage darstellt, den Grafen Berchtold ermutigt, Serbien anzugreifen, obwohl keine deutschen Interessen vorlagen und die Gefahr des Weltkrieges uns gut bekannt sein mußte.

Zur Geschichte des Kriegsursprunges.

Berlin die treibende Kraft zum Kriege.

München, 23. November. Die (offizielle) Korrespondenz Hoffmann meldet: Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Innern hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen. Diese Forderung ist durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch volle Wahrheit ein Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das die Voraussetzung für den Frieden der Völkerfreundschaft ist. Der bayerische Ministerpräsident wird bemüht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Bisher seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Berchthold Einzelheiten mitgeteilt.

In dem Bericht vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte in Berlin Graf Berchthold die Beziehungen erzählt, die zwischen der Berliner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien bestehen. Es heißt da: Auf Grund der Rückschlüsse, die ich mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Botschafter und Dreihundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat hatte, beehre ich mich zu berichten: Der Schritt, den das Wiener Kabinett entschlossen ist in Belgrad zu unternehmen und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. d. erfolgen. Die hinauschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise Poincaré und Vivianis von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweihundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern.

Friedliche Gesinnung wird vorgeschwindelt.

Bis dahin gibt man sich in Wien mit der gleichzeitigen Beurteilung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes den Anschein friedlicher Gesinnung. Auf Presse und Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geistig vorgeht, wird hier anerkannt. Man bedauert nur, daß Graf Tisza, der aufwärts gegen ein härteres Vorgehen gewesen sei, durch eine

Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier gelüftet hat. Wie mir Zimmermann sagte, wird die Note, soweit feststeht, folgende Forderungen enthalten: 1. Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien in der ausgesprochenen wird, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie nicht billige. 2. Einleitung einer Untersuchung gegen die Mischindigen an der Mordtat von Sarajevo und Teilnahme von österreichischen Beamten an dieser. 3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt sind. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. Daß Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchs aus einverstanden, daß Österreich-Ungarn die nächste Stunde nähe, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Da man sich aber wirklich in Wien dazu aufraffen wird, erscheint Zagom wie Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Österreich-Ungarn dank seiner Entschlossenheit und Zurechnung jetzt eigentlich der frische Mann in Europa geworden sei wie früher die Türkei, auf dessen Anteilung Russen, Italiener, Serben und Montenegro warteten. Ein starkes erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, daß sich Österreich und Ungarn wieder als staatliche Macht fühlten, und würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Emvärung, die heute

in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slavischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies bei weiterer Fortwirkung der slavischen Propaganda, wie General Conrad v. Hötzendorf selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall. Man ist also hier der Ansicht, daß es sich für Österreich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Blantowomacht, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchthold, dem Grafen Dönnab, der zur Uebergabe eines allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Memorials hierhergekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreihund zu verhandeln. In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen, entschlossenen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vor-sicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen schwankt, beweist der Umstand, daß Graf Berchthold drei Tage, nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphisch habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzusprechen. Man hätte es daher auch hier lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genehmigung anzubieten.

Man wird behaupten . . .

Es wird dann in dem Bericht des Grafen Berchthold an den Grafen Hertling weiter über eine diplomatische Aktion geplaudert. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise und der Chef des Großen Generalstabes sowie der preussische Kriegsminister auf Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreich-Ungarns genau so überfallen worden zu sein wie die anderen Mächte, weiterhin werden über das vermeintliche Verhalten Deutschlands und der Mächte allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da: Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England wie Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden. Außerdem baut er darauf, daß das Bluten eines der beliebtesten Akquisiten der russischen Politik bildet und der Russe zwar gern mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht.

Ueber England wird gesagt, daß der Krieg zwischen dem Zweihund und Dreihund England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Kame es freiwillig zum Kriege, so herrsche in Berlin die Auffassung, die englischen Vetteren würden wir auf Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke und damit das europäische Gleichgewicht gestört würde. Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Österreich-Ungarn die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe (also schon damals). In einem Telefonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden. Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert: Es laufen zurzeit zwei Ultimaten: Petersburg 12 Stunden. Paris 18 Stunden. Nach Petersburg die Anfrage

nach dem Grunde der Mobilisierung; nach Paris die
Anfrage, ob es neutral bleibt. Beide werden selbstver-
ständlich ablehnend beantwortet werden. Mobilis-
ierung spätestens Samstag den 1. August um Mitternacht.
Der preukische Generalstab sieht dem Kriege mit Frankreich
mit großer Zuversicht entgegen und rechnet damit,
Frankreich in vier Wochen niederwerfen
zu können. Im französischen Heer ist kein guter Geist,
wenig Stützfeuergeschütze, schlechteres Gewehr. In einem
Bericht vom 4. August 1914, woraus übrigens hervorgeht,
daß sich die Türkei schon damals verpflichtet hatte, sich
Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird über
Belgien gesagt: Die Neutralität Belgiens kann Deutsch-
land nicht respektieren. Der Generalstabschef hat
erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis der
Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da
ein Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens
möglich sei.

Sinter den Ruinen des Ultimatums an Serbien. Die Schuldigen am Weltbrand.

München, 23. November. (Korrespondenz-Bureau.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Äußern hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsurprung zu veröffentlichen. Diese Anregung ist durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch volle Wahrheit ein Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das die Voraussetzung für den Frieden der Völkerverständigung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird bemüht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen.

Vorzust seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Zerkowfeld Einzelheiten mitgeteilt.

Die deutsche Regierung und das Ultimatum an Serbien.

In dem Bericht vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte in Berlin Graf Zerkowfeld die Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien bestehen. Es heißt da: „Auf Grund der Rücksprachen, die ich mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Balkan- und Dreibund-Referenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat hatte, beehre ich mich zu berichten: Der Schritt, den das Wiener Kabinett entschlossen ist, in Belgrad zu unternehmen und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise Poincaré und Vivianis von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweibundmächtern eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien mit der gleichzeitigen Verlautbarung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes den Anschein friedlicher Gesinnung. Auf Presse und Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt. Man bedauert nur, daß Graf Tisza, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sei, durch eine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier gelüftet hat. Wie mir Zimmermann sagte, wird die Note, soweit feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Erlass einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen wird, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie nicht billige.

2. Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat von Sarajewo und Teilnahme von österreichischen Beamten an dieser.

3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt sind. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.

Man rechnet mit dem Krieg.

Daß Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus einverstanden, daß Österreich-Ungarn die günstige Stunde nicht, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Zagow wie Zimmermann noch immer zweifelhaft.

Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Österreich-Ungarn, dank seiner Entschlußlosigkeit und Zerkahrenheit jetzt eigentlich der **Franker Mann** in Europa geworden sei wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Serben und Montenegriner warteten. Ein starkes erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, daß Österreich und Ungarn sich wieder als **staatliche Macht** fühlen und würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jassy hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie General Conrad von Hötzendorf selbst angegeben habe, nicht mehr der Fall. Man ist also hier der Ansicht, daß es sich für Österreich um eine **Schicksalsunde** handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschliesse, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin.

Die Verhandlungen mit Bulgarien.

Die Blanko-Vollmacht, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold dem Grafen Hoyos gab, der zur Übergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorias hieher gekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln. In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen, entschlußlosen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen schwankt, beweist der Umstand, daß Graf Berchtold drei Tage, nachdem er hier wegen eines Bündnisses

mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, daß er doch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschließen. Man hätte es daher auch hier lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Gerugtung anzubieten.

Deutschland wird sich überrascht stellen.

Es wird dann in dem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über eine diplomatische Aktion geschildert. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandsreise und der Chef des Großen Generalstabes sowie der preussische Kriegsminister auf Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreich-Ungarns genau so überrascht worden zu sein wie die anderen Mächte. Weiterhin werden über das vermutliche Verhalten Deutschlands und der Mächte allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da: Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England wie Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden. Außerdem baut er darauf, daß das „Bluffen“ eines der beliebtesten Requisiten der russischen Politik bildet und der Russe zwar gern mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht.

Wie die Rechnung ohne den Wirt gemacht wurde.

Aber England wird gesagt, daß der Krieg zwischen dem Zweibund und Dreibund im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Rame es freilich zum Kriege, so herrsche in Berlin die Auffassung, die englischen Vektoren würden wir auf Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke und damit das europäische Gleichgewicht gestört würde.

Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Berichte auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Österreich-Ungarn die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino eröffnet habe (also schon damals). In einem Telephonat der Berliner bairischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird das Überzeugungs ausgesprochen, daß die apaisierendes redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden. Am gleichen Tage wurde nach München von der bairischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert:

Die letzten Vorbereitungen.

Es laufen zur Zeit zwei Ultimaten: Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Nach Petersburg die Anfrage nach dem Grund der Mobilisierung; nach Paris die Anfrage, ob es neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden. Mobilisierung spätestens Samstag den 1. August, um Mitternacht. Der preussische Generalstab sieht dem Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen und rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können. Im französischen Heer ist kein guter Geist, wenig Stillschüsse, schlechteres Gewehr.

Nr.:

TAG:

In einem Bericht vom 4. August 1914, woraus übrigens hervorgeht, daß die Türkei sich schon damals verpflichtet hatte, sich Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird über Belgien gesagt: Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis der Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da ein Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich sei.

Wer hat den Krieg verschuldet?
Veröffentlichung von Geheimnissen der kaiserlichen Regierung.

✗

Der offiziellen Korrespondenz der neuen bayerischen Regierung zufolge regt der Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, Kurt Eisner die Veröffentlichung von Akten über den Kriegsurprung an. Er selbst liefert durch Einsichtnahme in die Archive des bayerischen Ministeriums des Auswärtigen den ersten Beitrag zu der Untersuchung.

Aus der Korrespondenz des damaligen bayerischen Gesandten in Berlin mit dem Münchener Außenministerium geht hervor, daß Deutschland bis in die kleinsten Details über das beabsichtigte Ultimatum der Monarchie an Serbien informiert war. Es wurden die Punkte des Ultimatus, die Frist und die etwaigen Folgen genau erörtert. Man rechnete, ja man erwartete den Krieg, unbeschadet der etwaigen Folgen, als die man allerdings bloß einen Krieg mit Rußland zu vermuten schien. Deutschland gab dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos, in Bianco Zustimmung zu allem, was das österreichische Kabinett auch immer zu unternehmen beabsichtige. Maßgebend für diese Politik war die Hoffnung, daß ein starkes, erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien das darniederliegende wirtschaftliche Leben der Monarchie aufrichten und die slawischen Aspirationen niederhalten werde. Der slawischen Truppen glaubte man angesichts der allgemeinen Entrüstung über die Mordtat von Sarajewo gewiß zu sein. Der Monarchie

scheint das begeisterte Eintreten Deutschland für den energischen Schritt im letzten Augenblick unangenehm geworden zu sein. Graf Berchtold hat im letzten Augenblick wieder Bedenken geäußert, mit Bulgarien, das mit von der Partie sein sollte, zu verhandeln.

Die näheren Umstände, unter denen das Ultimatum gestellt werden sollte, waren genau vereinbart. Im Augenblicke der Überreichung der verhängnisvollen Note an Serbien sollten der deutsche Kaiser auf der Nordlandreise, der Chef des großen Generalstabes und der preussische Kriegsminister auf Urlaub sein. Das sollte den Eindruck erwecken, daß Deutschland vollständig überrascht wurde. Man überlegte, daß England und Frankreich in diesem Augenblicke einen Krieg nicht wünschen konnten, man erdrierte, eine Entschädigung Italiens (durch Abtretung des Trentinos) und vermutete, daß die ehrlichen friedlichen Bemühungen Grehs den Gang der Dinge nicht aufzuhalten vermögen.

Die Verletzung der Neutralität Belgiens war gleichfalls erörtert und vereinbart worden. Die deutsche Regierung stand auf dem Standpunkt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis der Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da ein Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich sei.

Die ausführliche Wiedergabe des Münchner Telegrammes über die Akten des bayerischen Außenministeriums befindet sich im Innern des Blattes.

München, 23. November.

Die Korrespondenz Heymann meldet: Der bayerische Ministerpräsident hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsausbruch zu veröffentlichen. Diese Anregung ist durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch volle Wahrheit ein Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das die Voraussetzung für den Frieden der Völkerveröhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird bemüht sein, aus den diplomatischen Akten des bayerischen Dienstes anklarende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld Einzelheiten mitgeteilt. In dem Berichte vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte in Berlin Graf Lerchenfeld die Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien bestehen. Es heißt darin: Auf Grund der Rückfragen, die ich mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Botschafts- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat hatte, beehre ich mich, zu berichten: Der Schritt, den das Wiener Kabinett entschlossen ist, in Belgrad zu unternehmen und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. d. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise Poincarés und Vivianis von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien mit der gleichzeitigen Verlesung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes den Anschein feierlicher Gesinnung. Auf Presse und Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschäft vorgeht, wird hier anerkannt. Man bedauert nur, daß Graf Tisza, der anfangs gegen ein scharfes Vorgehen gewesen sei, durch eine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Scheiter gelöst hat. Wie mir Zimmermann sagte, wird die Note, soweit feststeht, folgende Forderungen enthalten: 1. Erlass einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen wird, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie nicht billige. 2. Einleitung einer Untersuchung gegen die Missethäter an der Mordtat von Sarajevo und Teilnahme von österreichischen Beamten an dieser. 3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt sind. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus einverstanden, daß Österreich-Ungarn die günstige Stunde nicht, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu

aufrufen wird, erscheint Zagow wie Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Österreich-Ungarn, dank seiner Entschlußlosigkeit und Zersplittertheit jetzt eigentlich der „kranke Mann“ in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Ansehung Russen, Italiener, Serben und Montenegriner warteten. Ein hartes erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, daß Österreicher und Ungarn sich wieder

als staatliche Macht fühlen und würde das daniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederlegen. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Blunai Herrsche, könnte man wohl auch der slavischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies bei weiterer Fortwirkung der slavischen Propaganda, wie General Conrad von Hörsing sich geäußert habe, nicht mehr der Fall. Man ist also hier der Ansicht, daß es sich für Österreich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließen, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin.

Die Blankovollmacht, die man dem Kabinetschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos, gab, der zur Übergabe eines Allerhöchsten Erlasses und eines ausführlichen Promemoras hierher gekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln. In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwarten zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen entschlußlosen Seelen Wiens fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen schwankt, beweist der Umstand, daß Graf Berchtold drei Tage, nachdem er hier wegen eines Blindstosses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphisch habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschließen. Man hätte es daher auch hier lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Es wird dann in dem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über eine diplomatische Aktion geplaudert. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß Kaiser Wilhelm auf der Nordlandsreise und der Chef des Großen Generalstabes sowie der preussische Kriegsminister auf Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreich-Ungarns genau so überrascht worden zu sein wie die anderen Mächte. Weiterhin werden über das vermutliche Verhalten Deutschlands und der Mächte allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da: Herr Zimmer-

7.

mann nimmt an, daß sowohl England als Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden. Außerdem baut er darauf, daß das „Bluffen“ eines der beliebtesten Requisiten der russischen Politik bildet und der Russe zwar gern mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Momente doch nicht gern für andere zieht. Aber England wird gesagt, daß der Krieg zwischen dem Zweibund und Dreibund England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Kame es freilich zum Kriege, so herrsche in Berlin die Auffassung, die englischen Vettern würden wir auf Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke und damit das europäische Gleichgewicht gestört würde.

Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Österreich-Ungarn die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe (also schon damals).

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Überzeugung ausgesprochen, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden. Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert: Es laufen zurzeit zwei Ultimaten: Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Nach Petersburg die Anfrage nach dem Grunde der Mobilisierung; nach Paris die Anfrage, ob es neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden. Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August, um Mitternacht. Der preußische Generalstab sieht dem Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen und rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können. Im französischen Heer ist kein guter Geist, wenig Stillefeuergeschütze, schlechteres Gewehr.

In einem Berichte vom 4. August 1914, woraus übrigens hervorgeht, daß die Türkei sich schon damals verpflichtet hatte, sich Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird über Belgien gesagt: Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis der Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da ein Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich sei.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. November.

Der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg äußerte gestern einem Mitgliede der Schriftleitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegenüber zu der Veröffentlichung der bayerischen Regierung u. a. folgendes: Die bisherigen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation noch die Vorgänge, die sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben. Es ist vollkommen richtig, daß wir Österreich beigestimmt haben, als es nach dem Attentat von Sarajevo in Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte, und daß wir uns auch zur Erfüllung der Bündnispflichten ausdrücklich bereit erklärten, falls sich aus dem Vorgehen gegen Serbien weitere kriegerische Komplikationen ergeben sollten. Wir haben deshalb auch nie und in keiner Form, also auch nicht durch einen Hinweis auf die Nordlandsreise des Kaisers und auf den Urlaub des Generalstabschefs und des Kriegsministers behauptet, wir seien durch die Aktion Österreichs überrascht worden. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Abendung nicht gekannt. Die gegenteilige Behauptung ist jedenfalls, soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Ich habe das Ultimatum auch, nachdem es danach zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten. Unsere Politik trug dieser meiner Ansicht im Verlaufe der Dinge vollkommen Rechnung. Über die Gründe der Stellung der deutschen Reichsregierung zu dem Vorgehen Österreichs gegen Serbien heißt es in der Äußerung weiter: Wie war die politische Gesamtsituation? Heute wird wohl niemand bestreiten wollen, daß die große Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsaß Lothringens, diejenige Rußlands auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Rußland betrieb zugleich in Verfolgung dieser seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens die systematische Ausdehnung der Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch eine kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten. Beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesamtpolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands. Diesen galt das als ungehemmter Machtwille, als nationale Tugend und Krieg als loyales Mittel seiner Betätigung. Mit diesem Zustande mußte Deutschland rechnen, wenn es die Be-

deutung der serbischen Machenschaften gegen Österreich-Ungarn richtig einschätzen wollte, und das war der Grund, der einzige Grund, weshalb Deutschland dem Vorgehen gegen Serbien zustimmte. Bethmann Hollweg rekapitulierte dann die deutschen Bestrebungen, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, die an Rußlands Haltung scheiterten, und die Vermittlungsversuche zwischen Petersburg und Wien, die dadurch zunichte gemacht wurden, daß Rußland plötzlich entgegen den Deutschland ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobil machte.

Ich will, heißt es dann weiter, ganz offen von dem Teile der Schuld sprechen, der uns selbst an diesem Weltunheil trifft. Ich habe am 14. August offen und ehrlich über Belgien gesprochen. Ich bleibe noch heute bei jedem meiner damaligen Worte stehen. Dann Elsaß Lothringen. Unsere Schuld in dieser Frage erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsaß Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, die seinen Bewohnern den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit hätte allmählich vergessen lassen und die zugleich hätte verhindern können, daß in großen Teilen der Welt allmählich ein Gefühl vor einem gewaltigen, von uns im Jahre 1871 begangenen Unrecht entstand, ein Gefühl, das im Jahre 1871 speziell in England und Amerika durchaus nicht Gemeingut war. Vor allem müssen wir zugestehen, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und Sünden unseres allgemeinen Gebarens zu einer kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen. Alldentsche Treibereien haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt. Vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvollste Gegensätze führte. Wie ich die Verantwortung, die unsere Gegner trifft, nur in ihren großen Momenten skizziert habe, so auch unseren Teil an Schuld. Wenn uns das Schicksal auch noch so hart geschlagen hat, unwahre Bekenntnisse lassen wir uns von ihm nicht abringen. Wir sind keine Pharisäer, aber wir sind auch keine Sklaven. Gerade im tiefsten Unglücke wollen wir uns den felsenfesten Willen erhalten, auch in schwerster Zukunft mitarbeiten zu wollen an den großen Aufgaben der Menschheit.

In Wien haben sie sogleich an Krieg gedacht.

Berlin, 20. November. (Tel. d. Arb.-Btg.) In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ äußert sich der frühere Staatssekretär Zimmermann über die Schuld am Weltkrieg. Er erklärt unter anderem, am 5. Juli 1914 wurde dem Kaiser Wilhelm ein Handschreiben Kaiser Franz Josefs und eine Denkschrift der österreichisch-ungarischen Regierung überreicht, worin ausgeführt war, daß sich Österreich-Ungarn gegen die seinen Bestand bedrohenden panславistischen Treiberen schützen müsse. Das sollte auf die Weise geschehen, daß Bulgarien zum Beitritt zum Dreibund bewogen werden sollte an Stelle des unsicher gewordenen Rumäniens. Die deutsche Regierung erteilte dem Botschafter in Wien die Instruktion, diesen Schritt dahin zu beantworten, daß man mit der Einbeziehung Bulgariens unter gewissen Vorbehalten einverstanden sei, daß man aber in Bukarest Schritte unternehmen werde, um Rumänien beim Dreibund zu behalten. Eine Stellungnahme wurde von der deutschen Regierung abgelehnt, da man die Größe der Gefahr nur in Wien überblicken könne. Dieses Handschreiben Kaiser Franz Josefs und diese Denkschrift sowie das Datum vom 5. Juli haben zu der „Legende“ von dem angeblichen Kriegsrat in Potsdam am 5. Juli 1914 Anlaß gegeben.

ARBEITERZEITUNG

Nr.:

TAG: 1. 12. 1918

Der Verfasser des Ultimatum vom 22. Juli 1914. Wie ein ungarisches Blatt mitteilt, stammt jene verbrecherische Note aus der Feder des österreichisch-ungarischen Gesandten in Wien Dr. Freiherrn v. M u s u l i n. Musulin ist seiner Herkunft nach Kroate. Er war die rechte Hand der Grafen Berchtold und Torgoch.

* Er hat nichts gewußt und nichts gemacht. Der frühere Kriegsberichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ Professor Degener hatte am Tage der Kieler Revolution eine Unterredung mit dem deutschen Kaiser, wobei ihm Wilhelm folgendes erzählte:

Die ganze Politik der letzten Woche vor dem Kriegsausbruch haben Bethmann Hollweg und Jagow allein gemacht. Ich wußte nichts mehr davon, denn sie haben mich durchaus gegen meinen Willen nach Rom wegen geschickt. Ich wollte die Reise nicht machen, da die Hochspannung der Lage nach der Entthronung des österreichischen Thronfolgers eine solche Reise für untunlich erweisen ließ. Der Reichskanzler erklärte mir: Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu bewahren. Wenn Majestät hier bleiben, dann gibt es Krieg, und die Kaiserin wird Eurer Majestät die Schuld zuschieben. Daraufhin bin ich abgereist und habe während der ganzen Zeit meiner Abwesenheit von meiner Regierung über die Vorgänge keine Nachrichten mehr erhalten. Nur aus den norwegischen Zeitungen erfuhr ich, was in der Welt geschah. Als ich vom Auslaufen der englischen Flotte hörte, bin ich auf eigene Faust zurückgekehrt. De nahe hätten sie mich abgefangen.

Schade, daß es mißlungen ist! Das reinste Lampenlicht, der Ex-Kaiser, dessen Trompetenreden man wohl noch in Erinnerung hat. Diese seltsame Ausweise ist ganz des Menschen würdig, der, als es brenzlich zu werden anfing, sofort ins sichere Ausland geflohen ist. Doch hoffen wir, daß es sich als wenig sicher erweisen wird...

Bethmann-Hollweg und Kaiser Wilhelm.

Gegenseitige Beschuldigungen.

Berlin, 1. Dezember. (E.-V.) Zwischen Wilhelm II. und Bethmann Hollweg ist, geführt durch beiderseitige Anhänger, eine lebhafteste Diskussion entstanden, in der die beiden einst so unzertrennbaren Männer sich gegenseitig die Schuld am Ausbruche des Weltkrieges beilegen, um sich selbst rein zu waschen.

Die Diskussion begann bekanntlich mit dem sogenannten „Angriff“ Bethmann Hollwegs, in welchem er einen heftigen Ausrufer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Ausführungen machte, in denen er sich hinter den Kaiser verteidigt. Daraufhin veröffentlichte Professor Wegener von der „Kölnischen Zeitung“ die bekannte Unterredung mit dem Kaiser.

Gestern griff Bethmann Hollwegs Sprachrohr wieder das Wort, um diesen Angriff zu parieren. Es heißt da: Mit aller Schärfe spricht sich Bethmann Hollweg gegen die Unterstellung aus, als habe die Reichsleitung damals den Kaiser entfernt oder auf Reisen geschickt, wie es in der Niederschrift Wegeners heißt, um ungehindert zum Kriege treiben zu können.

Die „Frankfurter Zeitung“, die früher Bethmann Hollweg so warm gegen seine Feinde zu verteidigen pflegte, ist, durch die inzwischen erfolgte Enthüllung aufgeklärt, so angeekelt von diesem Schreiben, daß sie sagt: „Was für ein Staatsmann Bethmann Hollweg ist, zeigt

in schauerlicher Deutlichkeit seine Bemerkung über das verhängnisvolle Ultimatum Österreich-Ungarns und Serbien. Dieses Ultimatum war der Krieg. Das mußte jeder Zeitungsleser, sogar ein deutscher Reichskanzler wissen. Er hat die Fassung einem Tross, wie Graf Berchtold in Wien, überlassen. Deutschland hatte ja dabei nichts weiter zu tun, als seine Bündnispflicht zu erfüllen. Wir wollen die Schuld Bethmann Hollweg nicht jähwärtiger machen als sie ist. Auch hier hat er aus Feigheit die Dinge gehen lassen, wie wohl er nicht gehener zuzumute war. Nein, Herr von Bethmann, drängen Sie sich nicht ungerufen an das Licht der Öffentlichkeit. Vertrieben Sie sich lieber in ihre Wäuselkammer nach Hohenstamm und lassen Sie nicht allzulaut nach dem Staatsgerichtshof, dessen Urteil könnte anders ausfallen, als Sie zu glauben scheinen. Wir sind keine Pharisäer, aber auch keine Sklaven. Was soll dieses trübselige Geschwätz. Das Vaterland liegt zusammengebrochen am Boden. Niemand weiß, wie die Flut des schmerzhaften Unheils zu dämmen ist und die Geistesriesen der Vergangenheit wagen es, uns noch Reden zu halten. Wir vertrauen auf die andere Zeit, die wir vielleicht selber nicht sehen werden und mit der anderen Zeit auch auf andere Männer. Sie müssen kommen, wenn Deutschland selbst nicht eine schattenhafte Erinnerung bleiben soll.

2

Nr.:

TAG: 9. 12. 1918

Voraussichtliche Aufhebung der Kohlenblockade.

Vortriebsgeschichtliche Enthüllungen.

Wien, 9. Dezember.

Der gemessene britische Kriegsminister Lord Salisbury hält die Zeit für gekommen, wo man in England frei über die Vorgeschichte des Krieges sprechen kann und nichts mehr zu verbergen und zu beschönigen braucht. Deutschland ist besiegt, der Triumph Englands ist da — jetzt lohnt es sich nicht mehr, den arglosen Friedfertigen zu spielen, der von Deutschland wider Willen zum Kriege gezwungen wurde. Mit einer erquickenden Offenheit hat sich Lord Salisbury über die Rolle Englands in der Kriegsvorbereitung geäußert. Seine Mitteilungen sind ganz außerordentlich lehrreich.

Am 2. August 1914, 7 Uhr abends, überreichte der britische Gesandte in Brüssel jene Note, welche für Belgien freundschaftliche Neutralität vorschlug und gegen die verbürgte Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Belgiens den Durchzug durch Belgien verlangte; schon 18 Stunden später mobilisierte England; es lag zu dieser Zeit noch keine kriegerische Handlung Deutschlands vor, so daß Belgien noch nicht einmal die Garantiemächte angerufen hatte. Mit einer Promptheit, von der Salisbury unterhöhlten Stolz spricht, warf England sofort nach seiner am 4. August erfolgten Kriegserklärung seine Truppen über den Kanal; als die Deutschen in Belgien einmarschierten, stießen sie vor Lüttich bereits auf englische Truppen.

Lord Salisbury erklärte ohne Umschweife, wie es gesehen konnte, daß die englische Expedition nach Belgien so rasch vor sich ging. Schon seit 1906 war England in Einverständnis mit Frankreich auf diesen Fall vorbereitet, längst war alles sichergestellt, sogar schon die Generale für die englische Expedition nach Belgien waren ernannt. Es bedurfte nur eines Druckes auf den Taster und der Krieg in „Belgien“ war gegeben. Mit solcher Sicherheit sah man in Paris und London den Durchmarsch Deutschlands durch Belgien voraus, so außerordentlich vorsichtig hatte man sich darauf gerüstet, daß

diese Vorbereitungen und das dazu gehörige politische Spiel heute wie das Aufstellen einer Falle anmuten, die schon darauf gerichtet war, Deutschland diplomatisch zu kompromittieren und es militärisch irrezuführen. Scheinwar Frankreich gegen Belgien zu ungedeckt, in Wirklichkeit glaubte es dort mit der Unterstützung Englands und der mächtigen, mit englischer Hilfe erbauten Werke von Lüttich und Antwerpen sich ebenso gepanzert, wie an seiner Westfront.

Es waren schon alles in der Politik der beiden Westmächte auf den Krieg und nicht auf die dauernde Erhaltung des Friedens eingestellt. Der belgische Geschäftsträger in Petersburg, Baron de l'Estraille, hat die damalige Situation sehr richtig gekennzeichnet, als er in seiner Depesche vom 30. Juli 1914, also tagelang vor der Ankündigung des deutschen Durchmarsches durch Belgien, nach Brüssel an seine Regierung meldete:

„Unbestreitbar bleibt nur, daß Deutschland sich hier (in Petersburg) ebenso wie in Wien bemüht hat, irgend ein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden ... heute aber ist man in Petersburg fest davon überzeugt, ja man hat sogar die Zusage, daß England Frankreich beisteht wird. Dieser Beistand ... hat nicht wenig dazu beigetragen, der (russischen) Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen.“

Schon aus diesem Aktensiede eines damals neutralen Diplomaten wird ersichtlich, daß nicht der deutsche Einmarsch in Belgien den Eintritt Englands in den Krieg veranlaßt hat, sondern dieser längst zuvor beschlossene Sache war. Aus den Mitteilungen Salisburys wird es noch klarer, welche Torheit der Fürst Bismarck als deutscher Botschafter in London beging, als er am 1. August 1914 nicht dem bestehenden englisch-französischen Komplott gegen den Frieden in seinem Gespräch mit Sir Edward Grey tiefer auf die Spur ging, da nämlich der englische Minister des Auswärtigen auf die Frage, ob England neutral bleiben werde, wenn Deutschland verspreche, die Neutralität Belgiens nicht zu ver-

✗

legen, ausweichend antwortete, „daß er das nicht sagen könne, die Hände der englischen Regierung seien noch frei“. (Englisches Blaubuch Nr. 123, Sir Edward Grey an Sir E. Goschen in Berlin.) Lichnowsky hätte damals entdecken können, daß die Formel „England sei noch frei“, eben die Formel war, unter der man sich mit Frankreich zum Kriege geeinigt hatte. England war scheinbar der freie Unparteiische, in Wirklichkeit waren alle Vereinbarungen zum Loschlagen längst getroffen; es kam tatsächlich nicht mehr darauf an, ob Deutschland die belgische Neutralität verletzte oder nicht: England hätte sich unter allen Umständen am Kriege beteiligt. Deshalb lehnte Sir Edward Grey am 1. August 1914 in seinem Gespräch mit Lichnowsky offen ab, die Bedingungen zu nennen, unter denen England neutral bleiben würde, und erklärte sogar, wenn Deutschland die Integrität Frankreichs verbürge, nicht für die Neutralität Englands aufstehen zu können und „endgültig jedes Versprechen, unter ähnlichen Bedingungen neutral zu bleiben, verweigern zu müssen.“

Die Eröffnungen Halbanes können gewiß nicht als ein klarer Beweis aufgefaßt werden, daß ein Angriff Englands in Verbindung mit Frankreich über neutrales belgisches Gebiet hinweg geplant war und daß Deutschland dem habe begegnen müssen; aber daß die englisch-französische Politik schon seit 1906 geschwängert war von Kriegsplanen und daß die seit damals zunehmenden Rüstungen und politischen Machenschaften gegen die Mittelmächte auf die vorbereitete Entscheidung hindrängten, das ist aus Lord Halbanes Mitteilungen ganz deutlich ersichtlich; die Mittelmächte waren bereits mit einem Netz von elektrisch geladenen Drähten eingesponnen; es brauchte nur jemand mit dem Ellenbogen daran anzukommen und der kurze Kontakt ließ den seit langem vorbereiteten englisch-russisch-französischen Kriegsapparat losklappen.

Aber es gibt noch immer Leute, welche von der Schuld der Mittelmächte am Ausbruch des Krieges reden....

Lord Haldane über das englische Belgienabkommen mit Frankreich.

RA. Rotterdam, 8. Dezember.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht einen Bericht seines Londoner Korrespondenten, der geeignet ist, das allergrößte Aufsehen zu erregen. Diesem Berichte zufolge machte der ehemalige englische Kriegsminister Lord Haldane am 29. v. M. in einem Vortrage Mitteilungen über die Vorbereitungen Englands und Frankreichs für einen Durchmarsch durch Belgien. Lord Haldane sagte u. a.: Unsere Anstrengungen begannen schon in Friedenszeiten und das geschah unter dem Einfluß wichtiger militärischer Einsicht. Er könne darüber sprechen, daß er als Kriegsminister ja die Aufgabe hatte, die Generale zu ernennen, die die Hilfsexpeditionsarmee leiten sollten. Schon im Juni 1906 sei er von der französischen Regierung ins Vertrauen gezogen worden und man gab ihm zu erkennen, daß große Besorgnis wegen eines Angriffes durch Deutschland bestände, in den auch England hineingezogen werden könnte. Bei dieser Gelegenheit erklärten die Franzosen: „Wir verlangen nicht, daß Sie sich binden, Sie müssen freisein, daß für Sie die Möglichkeit besteht, uns zu Hilfe zu kommen.“ Seit damals, erzählte Haldane, faßten wir das Problem ins Auge und waren für diesen Fall vollkommen vorbereitet. Haldane erzählte dann: Wir haben am Montag den 3. August 1914, um 11 Uhr mobilisiert, 36 Stunden bevor wir den Krieg erklärten. Die Mobilisierung war aber noch keine Kriegserklärung. Wir wollten nur bereit sein. In einigen Stunden nach der Kriegserklärung hatte unsere Flotte das Expeditionskorps über den Kanal gebracht. Noch bevor irgend jemand etwas wußte. Die Detachements erreichten ihre Konzentrationsplätze innerhalb von neun Tagen.

Die Schuldfrage.**Enthüllungen Haldanes.**

Rotterdam, 8. Dezember. (Tel.-Comp.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht einen Bericht seines Londoner Korrespondenten, der geeignet ist, das allergrößte Aufsehen zu erregen. Diesem Berichte zufolge machte der ehemalige englische Kriegsminister Lord Haldane am 30. vorigen Monats in einem Vortrage Mitteilungen über die Vorbereitungen Englands und Frankreichs für einen Durchmarsch durch Belgien. Lord Haldane sagte unter anderem: Unsere Anstrengungen begannen schon in Friedenszeiten und das geschah unter dem Einfluß wichtiger militärischer Einsicht. Er könne darüber sprechen, da er als Kriegsminister ja die Aufgabe hatte, die Generale zu ernennen, die die Hilfserpeditionsarmee leiten sollten.

Mobilisierung in England.

Schon im Juni 1906 sei er von der französischen Regierung ins Vertrauen gezogen worden und man gab ihn zu erkennen, daß große Besorgnis wegen eines Angriffes durch Deutschland bestünde, in den auch England hineingezogen werden könnte. Bei dieser Gelegenheit erklärten die Franzosen: Wir verlangen nicht, daß Sie sich binden, Sie müssen frei sein, daß für Sie die Möglichkeit besteht, uns zu Hilfe zu kommen. Seit damals, erzählte Haldane, sahen wir das Problem ins Auge und waren für diesen Fall vollkommen vorbereitet. Haldane erzählte dann:

Wir haben am Montag, den 5. August 1914, um 11 Uhr, mobilisiert, 36 Stunden bevor wir den Krieg erklärten. Die Mobilisierung war aber noch keine Kriegserklärung. Wir wollten nur bereit sein. In einigen Stunden nach der Kriegserklärung hatte unsere Flotte das Expeditionskorps über den Kanal gebracht. Noch bevor irgend jemand etwas wußte. Die Detachements erreichten ihre Konzentrationsplätze innerhalb 9 Tagen.

WIENER ZEITUNG

Nr.:

TAG:

22. 12. 1918

Berlin, 21. Dezember.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ setzt ihre Veröffentlichungen über das englisch-russische Marineabkommen von 1914 fort und druckt zwei Berichte ab, die der russische Botschafter in London Graf Bendenborff, der zur Zeit des englischen Königsbesuches in Paris weilte, nach seiner Rückkehr nach London an Sazonow richtete. Bendenborff schreibt u. a.: Es ist mir zweifelhaft, ob sich eine stärkere Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfall finden ließe, als der Geist dieser Entente, wie er sich offenbart und verstärkt durch die bestehenden militärischen Vorkehrungen. Der Grund, weshalb die Entente zwischen Rußland und England nicht so tiefe Wurzeln geschlagen hat als die zwischen Frankreich und England, ist nach der Ansicht Bendenborffs der, daß ein noch so vorsichtiges, aber öffentliches Bündnis in England auf eine starke unversöhnliche Opposition stoßen und sehr günstiges Feld für eine Agitation zugunsten Deutschlands bieten würde.

Sir Edward Grey ließ Bendenborff nach seiner Rückkehr aus Paris zu sich bitten und schilderte seine Pariser Eindrücke, die seine Erwartungen weitestgehend übertrafen hätten. Er wünte sich nicht genug beglückwünschen zu dem Empfange durch den Präsidenten der Republik und Doumergue, mit denen völlige Übereinstimmung über die laufenden Fragen und die allgemeine politische Lage erzielt wurde. Die englische Regierung habe hieraus den Schluß gezogen, daß der Grundgedanke der Entente in Frankreich ebenso tiefe Wurzeln gefaßt habe wie in England. Die Absicht, die Grey zu diesen Mitteilungen an Bendenborff veranlaßte, war nach dessen eigenen Worten die: „Er wollte mir den Beginn einer Phase noch stärkerer Annäherung an Frankreich ankündigen.“ Diese Absicht Greys sei noch deutlicher geworden, als er von der Unterredung, die er mit Doumergue über Rußland gehabt hatte, berichtete. Danach sei geplant, daß die englische und die französische Regierung von den zwischen den beiden Ländern bestehenden militärischen Abmachungen auch der russischen Regierung Mitteilung zugehen lassen. Er habe mit dem Premierminister darüber gesprochen und dieser habe seiner Ansicht beigestimmt, jedoch erklärt, die Angelegenheit sei zu wichtig, um ohne Zustimmung des Ministerrates entschieden zu werden. Bendenborff dankte Grey für die Mitteilungen, deren ganze Tragweite er zu würdigen wisse, und fügte hinzu, Grey lenke zweifellos die Ansicht Sazonows über die Notwendigkeit eines noch engeren Zusammenschlusses der Tripartentente.

24. 12. 1918

Die Kriegsabmachungen Greys.

AB Berlin, 23. Dezember. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht Berichte des ehemaligen russischen Botschafters Wendendorff über das englisch-russische Marine-Abkommen vom Jahre 1914. Am 3. 16. Mai 1914 berichtete Wendendorff an Sazonow: Nach Greys Ansicht könnten die Dinge folgendermaßen vor sich gehen: Ebenso wie die Abmachungen mit Frankreich für den Kriegsfall in erster Linie das Zusammenwirken der Armeen betreffen, erfordert die Natur der Dinge nach der Auffassung Greys, daß die eventuellen Abmachungen sich auf die Flotten bezögen. Die Verhandlungen würden infolgedessen zwischen dem russischen und dem englischen Admiralstab zu führen sein.

Cambon habe ihm gesagt, daß nach Greys Ansicht die Dinge sich genau so abspielen könnten wie mit Frankreich, das heißt, daß der russische Marineattaché in London ermächtigt würde, in Verhandlungen mit dem englischen Admiralstab einzutreten, nachdem er sich in Petersburg seine Instruktionen geholt hätte, da selbst wiederholte Reisen des letzteren keinesfalls in der Öffentlichkeit auffallen, während die Ankunft höherer Marineoffiziere in London zu unwillkommenen Kommentaren Anlaß geben würde.

Am 10./23. Mai 1914 berichtete Wendendorff an Sazonow, Grey habe ihm und Cambon gesagt, es handle sich zunächst darum, der kaiserlichen Regierung von beiden Seiten zwei vertrauliche und geheime Schriftstücke mitzuteilen, die im Jahre 1912 zwischen der französischen und der englischen Regierung ausgetauscht worden seien. Grey habe ihm ferner gesagt, daß er an ein Marineabkommen denke, weil das nach Lage der Verhältnisse das Gegebene sei. Endlich habe Grey auf seine Frage erklärt, das Zweckmäßigste sei, den russischen Marineattaché zu ermächtigen, mit dem englischen Admiralstab in Verbindung zu treten. Der Erste Lord der Admiralität sei, wie seine Kollegen im Kabinett, von dem Plan unterrichtet.

(Diese Mitteilungen Wendendorffs sind geeignet, über die Frage der Schutz am Kriege ein neues Licht zu breiten. Das Bestehen von Abmachungen mit Frankreich für den Kriegsfall wurde von Asquith noch im Jahre 1914 in offener Unterhausdebatte bestritten. Nach Ausbruch des Krieges hieß es, die in Wendendorffs Berichten erwähnten Schriftstücke seien erst ad hoc in den Tagen der Krise zwischen den beiderseitigen Generalstäben ausgetauscht worden, so daß von einer Verpflichtung Englands zum Eintritt in den Krieg nicht die Rede sein konnte. In Wirklichkeit war aber, wie die vertraulichen und geheimen Schriftstücke zeigen, die im Jahre 1912 zwischen der französischen und der englischen Regierung ausgetauscht worden, England bereits seit zwei Jahren an Frankreich gebunden, und die Verletzung der belaischen Neutralität durch Deutschland nur ein Vorwand, unter dem man dem englischen Volke die Beteiligung Großbritanniens am Kriege mündgerecht machen konnte. Anmerkung d. Red.)

25. 12. 1918

**Der Vertrag Rumäniens mit der Entente vom
Jahre 1916.**

Paris, 24. Dezember.

Die Agence Havas meldet: Das hiesige Komitee der Rumänen Siebenbürgens, des Banats und der Bukowina hielt gestern eine Versammlung ab, in der eine Tagesordnung angenommen wurde, worin erklärt wird: Die in der Versammlung anwesenden Rumänen und Franzosen stellen fest, daß der Nationalrat der Rumänen Siebenbürgens, des Banats und von Maramaros die Unabhängigkeit dieser ehemaligen Provinzen Ungarns und deren Vereinigung mit dem Königreiche Rumänien verkündet hat gemäß den Grundsätzen der französischen Revolution, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker bekräftigen. Die Versammelten hegen die feste Hoffnung, daß der Vertrag Rumäniens mit Frankreich, England, Italien und Rußland vom Jahre 1916 bezüglich der gemäß dem Willen des transkarpathischen Rumäniens, Siebenbürgens und des Banats gezogenen Westgrenzen respektiert werden wird.